

Politischer Jahresbericht

Türkei 2005/2006



Istanbul

Länderbüro Türkei, Juli 2005-Juli 2006

Dr. Ulrike Dufner

Türkeivertretung der
Heinrich Böll Stiftung e.V.
Inönü Cad. Haci Hanım Sok. 10/12
Gümüşsuyu – Istanbul
Fon: +90-212-24 91 554
Fax: +90-212-24 50 430
E-Mail: info@boell-tr.org
www.boell-tr.org

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Einleitung	2
2. Die Beziehungen Türkei – EU	3
3. Das Verhältnis Türkei – USA	7
4. Innenpolitik	9
5. Umweltpolitik	15
Ausblick.....	17

Zusammenfassung

Es kann nur besser werden: So ließen sich die Entwicklungen im Berichtszeitraum Juli 2005 - Juli 2006 zusammenfassen. Denn ein Blick auf die Innen-, Außen- und Umweltpolitik der Türkei ist gegenwärtig wenig ermutigend. Noch vor zwei Jahren, als unklar war, ob die Türkei überhaupt einen Termin für den Beginn des EU-Beitrittsprozess erhalten würde, war Aufbruchstimmung im gesamten Land zu spüren. In der Erwartung, endlich auf den Zug nach Europa aufspringen zu können, fieberte die Nation den Beitrittsverhandlungen entgegen. Heute ist unklar, ob die Verhandlungen Ende des Jahres ausgesetzt werden.

Vordergründig sieht es so aus, als sei die Zypernfrage „schuld“ an dieser Entwicklung. Die Türkei sieht sich derzeit nicht in der Lage, in dieser Angelegenheit weitere Zugeständnisse zu machen. Im nächsten Jahr stehen die Wahlen des Staatspräsidenten und des türkischen Parlamentes an. In einer solchen Zeit möge Europa doch bitte keine unpopulären Schritte erwarten. Allerdings ist die Frage legitim, ob ein Aussetzen der Beitrittsverhandlungen nicht selbst dann gefordert werden sollte, wenn das Zypernproblem nicht existierte: Denn es ist unklar, ob die Strategie, aus Angst vor einer Stärkung der Nationalisten lieber nicht zu viel Kritik zu üben, wirklich zielführend ist. Oder ist die Sorge, jenen Kräften in Europa in die Hände zu spielen, die sowieso kein Interesse an einem EU-Beitritt der Türkei haben, Grund genug, so weiter zu machen, als sei alles in Ordnung? Man kann sich bei derartigen taktischen Überlegungen auch vertaktieren... Eines ist sicher: die Europäische Kommission wird sich im Herbst dieses Jahres schwer tun mit dem Fortschrittsbericht. Was soll sie empfehlen angesichts der Tatsache, dass nicht nur einen Reformstau zu beobachten ist sondern ein regelrechter Backlash?

1. Einleitung

„Wir wollen nicht als Land zweiter Klasse behandelt werden. Dann verzichten wir lieber auf den EU-Beitritt. Wir brauchen Europa nicht, Europa braucht uns!“.

Eine solche fast trotzig Haltung lässt sich derzeit häufig in den Strassen der Türkei vernehmen, wenn das Gespräch zufällig auf die türkisch-europäischen Beziehungen kommt. Nach wie vor wünscht die Mehrheit der Bevölkerung einen EU-Beitritt. Aber die als ständige Erniedrigung erlebte, anhaltende Kritik aus Europa, hat zu Irritationen geführt: Mal ist es der Islam, dann die Armenierfrage, dann die nicht-muslimischen Minderheiten... ständig kommen aus Europa Forderungen oder Zweifel zu Belangen, die die Bevölkerung en gros nicht wirklich interessieren. *So, als ob hier alles nur negativ sei.* Dass jetzt auch noch Zypern den Fortgang der Verhandlungen entscheidend mitbestimmt, ja sogar zur „Gretchenfrage“ wird, ist für viele TürkinInnen des Guten zu viel: *Ob nicht doch diejenigen Recht hatten, die behaupten, Europa wolle die Türkei schwächen, spalten oder ihr schaden? Zunehmend ist auch aus der Zivilgesellschaft zu vernehmen, die Türkei solle sich besser auf ihre eigene Stärke besinnen: Auf Europa sei angesichts der dort herrschenden Kräfteverhältnisse sowieso kein Verlass. Und ob ein EU-Beitritt ökonomisch nicht sogar von Nachteil wäre?*

Solche Überlegungen machen vor der Frage nach Alternativen regelmäßig Halt.

Teilweise wird die Integration in die EU mit der fortschreitenden Globalisierung gleichgesetzt, *alles nur ein großes imperialistisches Projekt. Und, wenn man sich die US-Politik im Irak ansieht, Abu Gharib, Guantanamo... wo bleiben da die Menschen- und Minderheitenrechte? Im Vergleich dazu sind die Fortschritte, die die Türkei*

in den vergangenen Jahren umgesetzt hat, doch vorbildlich. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus dient doch auch nur den Erdölinteressen der USA. Wieso sonst unterstützen die USA die Türkei nicht im Kampf gegen die PKK?

Die Stimmung der türkischen Bevölkerung gegenüber den USA ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Die weltweit größte Ablehnung erfahren die Vereinigten Staaten derzeit aus der Türkei. Denn die Türkei ist Nachbar all jener Staaten, die nach Auffassung der US-Regierung zur *Achse des Bösen* gehören. Die Türkei befürchtet daher eine weitere Destabilisierung der Region. So sehr ihre geostrategische Lage ihr bisweilen zum Vorteil gereicht haben mag: Zur Zeit wirkt sie eher wie ein Fluch. Unterstützt die Türkei die US-Politik und einen eventuellen Militäreinsatz im Iran, so hätte dies weit reichende Folgen für die Zukunft des Landes. Die Türkei kann nicht einfach irgendwann die Panzer abziehen und den Einsatz beenden. Sie ist und bleibt mit diesen Ländern in Nachbarschaft verbunden. Daher hat sich die Türkei im vergangenen Jahr entgegen den US-amerikanischen Wünschen bemüht, gute nachbarschaftliche Beziehungen auch mit den Ländern der so genannten *Achse des Bösen* aufzubauen. Innenpolitisch hat die Politik der EU und der USA nationalistischen Strömungen Aufwind gegeben. Die Rede geht vom „tiefen Staat“ⁱ, und es gilt als ein offenes Geheimnis, dass mittlerweile nicht mehr allein die gewählte Regierung die Geschicke des Landes lenkt.

Von der EU unter Dauerkritik aufgrund der Zypernfrage, von den USA noch immer aufgrund der Ereignisse vom 1.März 2003ⁱⁱ auf Distanz gehalten, steht die Regierung, die ihre Erfolge in der Außenpolitik bisher innenpolitisch auszunutzen vermochte, nunmehr mit dem Rücken zur Wand. Das Wiederaufflammen der bewaffneten Auseinandersetzungen in den kurdischen Gebieten bei gleichzeitig geringem Rückhalt für eine zivile Regierungsinitiative hat das Fass zum Überlaufen gebracht.

Seither werden Reformschritte zurückgenommen, und Intellektuelle, Schriftsteller und Journalisten werden mit Strafverfahren übersät. Einzig im Bereich der Energiepolitik scheinen Regierungserfolge greifbar. Der erste Tropfen Öl, der von Aserbeidschan über Georgien den türkischen Mittelmeerhafen erreichte, wurde öffentlichkeitswirksam gefeiert. Visionen über eine zukünftige Schlüsselrolle der Türkei in der internationalen Energiepolitik wurden an die Wand gemalt. Hinzu kommen Pläne zum Bau mehrerer großer Atomkraftwerke, welche die Türkei auf diesem Gebiet zu einem wichtigen Mitspieler unter den großen Nationen zu machen sollen. Die türkische Umweltbewegung hat es angesichts derartiger Visionen schwer, sich für eine alternative Energiepolitik, die auf Nachhaltigkeit und Sicherheit baut, stark zu machen. Das Risiko, als Vaterlandsverräter zu gelten, ist hoch.

2. Die Beziehungen Türkei – EU

Der Start - Ein schlechtes Omen?

Die Entwicklungen im Frühjahr 2005 deuteten bereits darauf hin, dass der für den 3. Oktober 2005 vorgesehene Beginn der Beitrittsverhandlungen erst nach einem schwierigen Hürdenlauf Realität werden würde. Wie schon im Dezember 2004, als der Europäische Rat darüber zu entscheiden hatte, der Türkei einen Termin für den Beginn von Beitrittsverhandlungen einzuräumen, kündete sich eine schwierige Entscheidungsfindung an. Die innere Zerrissenheit der Europäischen Union im Bezug auf den EU-Beitritt der Türkei war in der Zwischenzeit keineswegs überwunden. Die Türkei wiederum trug das Ihrige dazu bei, auch hart gesottene Befürworter wankelmütig zu stimmen (s.u. Innenpolitik).

Noch wenige Minuten vor Mitternacht am 3. Oktober 2005, war nicht sicher, ob sich die Parteien einigen und den Beginn der Beitrittsverhandlungen öffentlich deklarieren könnten. Die Verhandlungsparteien feilschten bis zur letzten Minute und versuchten, die jeweils günstigsten Bedingungen herauszuholen.

Zypernproblematik – Damoklesschwert über dem Beitrittsprozess

So geriet die ansonsten wenig beachtete Zypernproblematik ins Rampenlicht der europäischen Aufmerksamkeit. Sie wurde zur größten Hürde, an der der Beginn der Beitrittsverhandlungen beinahe gescheitert wäre.

„Am 29. Juli 2005 unterzeichnete die Türkei das Zusatzprotokoll zur Anpassung des Assoziationsabkommens an die neue Situation nach der EU-Erweiterung 2004. Gleichzeitig gab sie eine einseitige Erklärung ab, in der sie feststellte, dass dies keineswegs die formale Anerkennung der Republik Zypern bedeute. Am 21. September gab die EU ihrerseits bekannt, dass besagte Erklärung der Türkei deren Pflichten nach dem Zusatzprotokoll unberührt lasse“ⁱⁱⁱ. Die Türkei befürchtet, dass mit der Anwendung der Zollunion für Zypern eine völkerrechtliche Anerkennung der Republik Zyperns als „Regierung über Zypern“ verbunden sei. Aus türkischer Perspektive würde die Türkei damit doppelt bestraft werden: Obwohl die türkische Regie-

rung sich im Frühjahr 2004 für die Zustimmung zum Annan-Plan eingesetzt hatte und obwohl der Nordteil der Insel für den Plan gestimmt hatte, müsse sie nun die Rechnung dafür bezahlen, dass der Süden der Insel den Annan-Plan zum Scheitern brachte. Während die Isolation des Nordteils fortbesteht, wurde die Republik Zypern in die EU aufgenommen. Von der Türkei nun zu verlangen, auch noch die Häfen und Flughäfen für Zypern zu öffnen, käme einer weiteren einseitigen Begünstigung des Südens gleich. Die Türkei beharrt daher darauf, dass im Gegenzug zur Öffnung der türkischen Häfen und Flughäfen die internationale Isolation über den Nordteil der Insel aufgehoben wird und die EU zudem endlich die in Aussicht gestellten Finanzhilfen für den Nordteil auszahlt. Zypern hingegen will sich darauf nicht einlassen und befürchtet umgekehrt, mit Aufhebung der Isolation des Nordteils der Insel sei dessen völkerrechtliche Anerkennung verbunden.

De jure ist die Türkei zur Anwendung des sog. „Zusatzprotokolls zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei aufgrund der Erweiterung der Europäischen Union“ (kurz Zusatzprotokoll zum Ankara-Abkommen) verpflichtet. Sie muss die Zollunion auch auf die Republik Zypern anwenden und ihre See- und Flughäfen für Zypern öffnen. Die EU hatte sich aber durch die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen darauf eingelassen, der Türkei Zeit für die Umsetzung dieser Verpflichtung einzuräumen, und wollte ihrerseits deren Beginn nicht an der Zypernfrage scheitern lassen.

Dennoch zeichnete sich bereits kurz nach Beginn der Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 ab, dass der Formelkompromiss nicht belastbar und tragfähig sein würde. Als Beispiel hierfür sei die Sitzung des gemischten türkisch-europäischen parlamentarischen Ausschusses nur kurze Zeit nach dem 3.10.2005 angeführt. Die Vertreter der türkischen Regierung und des Parlamentes machten deutlich, dass sie allenfalls zwei Beschlüsse gleichzeitig verabschieden würden: das Rahmenabkommen zu den Beitrittsverhandlungen und die Erklärung der türkischen Regierung, damit keine völkerrechtliche Anerkennung Zyperns zu verbinden^{iv}.

Seither besteht die EU gegenüber der Türkei beharrlich auf der Umsetzung des Ankara-Abkommens. So betonte die Kommission in ihrem Strategiepapier zur Erweiterung nur wenige Wochen nach Beginn der Verhandlungen, dass die Umsetzung des Ankara-Abkommens unabdingbare Voraussetzung für die weiteren Beitrittsverhandlungen darstellt: „Die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara in diesem Sommer war Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Die EU wird die Umsetzung dieses Protokolls genau überwachen und 2006 evaluieren und insbesondere feststellen, ob alle Beschränkungen im Bereich des freien Warenverkehrs, wozu auch die Transportmittel gehören, aufgehoben wurden.“^v Der Europäische Rat insistierte in der im September 2005 beschlossenen dritten Beitrittspartnerschaft mit der Türkei ein weiteres Mal unmissverständlich auf der Erfüllung dieser Auflage.

Dennoch hatte sich bis zum Treffen des türkisch-europäischen Assoziationsrates Mitte Juni 2006 in dieser Frage nichts bewegt. Die

Auseinandersetzungen über den eigentlichen Beginn der Beitrittsverhandlungen und die Schließung des ersten Kapitels glichen daher einem Déjà-vu-Erlebnis: wie schon im Herbst 2005 entpuppte sich die Zypernfrage zur Schlüsselfrage über den Fortgang der türkisch-europäischen Beziehungen. Zypern drohte schon die Öffnung des ersten Verhandlungskapitels aufgrund fehlender Fortschritte in der Zypernfrage zu blockieren. Außenminister Gül wiederum drohte, gar nicht erst nach Luxemburg anzureisen, sollte sich Zypern mit seinen Forderungen durchsetzen. Erst nach zähem Ringen gelang es der österreichischen Ratspräsidentschaft schließlich im fünften Anlauf, beide Seiten zum Einlenken zu bewegen.

Allerdings wurde auch deutlich, dass die Atempause von kurzer Dauer sein wird und die Uhr in dieser Frage zu ticken begonnen hat. Öffnet die Türkei ihre Häfen und Flughäfen für Zypern nicht, so droht tatsächlich ein Aussetzen der Beitrittsverhandlungen. Mit fortschreitender Zeit sinkt die Wahrscheinlichkeit für einen Kompromiss in absehbarer Zeit. In der Türkei rückt das Wahljahr näher, so dass das politische Handeln zunehmend von wahltaktischen Gesichtspunkten bestimmt sein dürfte. Ein bedingungsloses Nachgeben der Türkei in der Zypernfrage dürfte die bestehende Regierung zu viele Stimmen kosten.

Der neue zypriotische Außenminister Jorgos Lillikas wiederum zeigt sich noch weniger als sein Vorgänger zu einem Einlenken bereit. Auch scheint der Geduldsfaden der übrigen europäischen Mitgliedsstaaten immer dünner zu werden: Angesichts des fehlenden Reformelans der Türkei und eines teilweisen Backslashes hinsichtlich der politischen Freiheiten sinkt die Bereitschaft, sich um Kompromisslösungen zu bemühen. Bundesaußenminister Steinmeier gab seinen Unmut und seine Ungeduld daher deutlich zu erkennen, als er forderte, dass bis Jahresende in dieser Frage Klarheit herrschen müsse. Er schloss auch die Möglichkeit, die Beitrittsverhandlungen einzufrieren, nicht mehr grundsätzlich aus: „Wir [werden] die Verhandlungen in den betroffenen Kapiteln stormieren“, sollte die Türkei die Bedingungen der EU zum Thema Zypern nicht einhalten. In dieser Frage signalisiert die EU Konsens. Denn auch die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik bestätigte, „wir erwarten, dass dies im Jahre 2006 erfolgen wird (...) juristische Verpflichtungen sind juristische Verpflichtungen. Hier gibt es keine Nachsicht“^{vi}. Die Zypernproblematik wird vor der Herausgabe des Fortschrittsberichtes im Herbst 2006 und spätestens beim Europäischen Gipfel im Dezember 2006 erneut auf der Agenda stehen.

Die Chancen, den gordischen Knoten in der Zypernfrage zu lösen, stehen heute alles andere als günstig. Auch wenn eine vorübergehende Lösung dieses Problems gefunden wird, so bleibt die Zypernfrage ein Schlüssel, mit dem der Türkei jederzeit das Tor zu Europa verriegelt werden kann. Ob damit der Lösung der Zypernfrage gedient ist, bleibt zu bezweifeln.

Die Aufnahme der geteilten Insel in die EU hat den Konflikt in die EU getragen. Die EU hat hierdurch ihre Legitimität und ihre Gestaltungsfähigkeit zur Bearbeitung des Konflikts aus der Hand gegeben, da die Republik Zypern jegliche Entscheidung - etwa Finanzhilfen für den Norden - blockieren kann. Der Zypernkonflikt, an dem beide Seiten ihren maßgeblichen Anteil haben, bestimmt nun die Entwicklungen im türkisch-europäischen Verhältnis. Denn alle Entscheidun-

gen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssen einstimmig gefasst werden. Damit hat die Konfliktpartei Zypern faktisch Vetomacht über den Fortgang der türkisch-europäischen Beziehungen erhalten. Die Entwicklungen im Juni 2006 zeigten sehr deutlich, welchen Kraftakt die EU aufbringen muss, um Zypern zum Einlenken zu bewegen. Die österreichische Ratspräsidentschaft musste fünf Vorschläge vorlegen, bis Zypern zum Nachgeben gewillt war. Die EU ist dadurch in der Formulierung und Umsetzung der eigenen politischen, wirtschaftlichen oder geostrategischen Interessen behindert.

Die Armenierfrage und der EU-Beitrittsprozess

Die Armenierfrage konstituiert einerseits einen Konflikt zwischen zwei Nachbarstaaten, der zudem durch den Konflikt um Bergkarabach verkompliziert wird. Auf der anderen Seite geht es um Vergangenheitsbewältigung: Die Auseinandersetzung um den Genozid an den Armeniern, begangen in den Jahren 1914/15 von der Hohen Pforte^{vii}, unter anderem mit Unterstützung von deutscher Seite.

Aufgrund des 90. Jahrestages des Armeniergenozids stand das Jahr 2005 unter dem Vorzeichen der Vergangenheitsbewältigung, in der Türkei ebenso wie in Armenien, unter ExilarmenierInnen und im internationalen Ausland. So forderte beispielsweise der Deutsche Bundestag in einem interfraktionellen Antrag von der Bundesregierung angesichts der historischen Mitverantwortung einen Beitrag zur Aufklärung und Versöhnung zu leisten.

Frankreich hingegen forderte, den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an die offizielle Anerkennung des Genozids durch die türkische Regierung zu knüpfen. Diese Forderung ist neu: Wenngleich die Aufarbeitung der Armenierfrage im Europaparlament und in einigen EU-Mitgliedsländern bereits in den vergangenen Jahren einen hohen Stellenwert hatte, wurde dennoch bis zum Jahr 2005 keine Verbindung zum EU-Beitritt der Türkei hergestellt. Sicher hat auch das repressive Auftreten von Teilen der türkischen Regierung und Justiz (mit Zustimmung von Teilen der Opposition) gegenüber jeglichen Ansätzen der Vergangenheitsbewältigung die Sensibilität der internationalen Öffentlichkeit erhöht. Dennoch sind selbst diejenigen in der Türkei, die für eine offizielle Anerkennung des Genozids eintreten, nicht mit der Vorgehensweise Frankreichs einverstanden. Sie sehen darin eher Versuche der politischen Instrumentalisierung dieser hoch komplexen und sensiblen Frage. Eine Instrumentalisierung, die am allerwenigsten der konstruktiven Bearbeitung des historischen Erbes dient.

Am 19. Mai 2006 diskutierte das französische Parlament einen Gesetzesentwurf, wonach die „Leugnung des Genozids“ unter Strafe gestellt werden soll. Dieser Entwurf wird im Herbst 2006 in zweiter Lesung im französischen Parlament debattiert. Ein solches Gesetz kann kein ernsthafter Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung sein. Die türkische Regierung und Opposition haben in der Armenierfrage mit einer Stimme gesprochen. Nur ein schwindend geringer Anteil der türkischen Bevölkerung tritt offen und öffentlich für eine Anerkennung des Genozids auf. Ein solches Gesetz würde somit die große Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei „kriminalisieren“ und eine konstruktive Bearbeitung dieser Frage sicherlich eher erschweren.

Ob aber die französische Regierung und Opposition angesichts bevorstehender Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr von dieser Initiative abrücken können, ohne Stimmenverluste befürchten zu müssen, ist offen. Der Ruf nach einer "privilegierten Partnerschaft" zwischen der Türkei und EU dürfte daher weiter im Raum stehen bleiben^{viii}

Türkei-EU-Beziehungen in schwierigen Fahrwassern

Man benötigt nicht viel Phantasie, um sich vor diesem Hintergrund vorzustellen, dass beide Themen – die Zypernfrage und die Armenierfrage – im Herbst 2006 erneut die Gemüter erhitzen werden. Damit besteht einerseits die Gefahr, dass eine sachgerechte Auseinandersetzung über fehlende, aber auch erreichte Reformschritte der Türkei in der europäischen Öffentlichkeit erschwert und stattdessen Stereotypen verstärkt bedient werden. Andererseits kann sich in der türkischen Öffentlichkeit die Distanzierung von Europa weiter vertiefen, eine reflexartige Ablehnung von Reformen insbesondere im Bereich religiöser, ethnischer und kultureller Minderheiten erzeugt und der Nährboden für nationalistische Töne in der Vorwahlkampfphase bereitet werden.

Die Rahmenbedingungen für Fortschritte in den türkisch-europäischen Beziehungen sind gegenwärtig daher insgesamt wenig günstig. Zu erwarten ist außerdem, dass auch der diesjährige Fortschrittsbericht wie schon im vergangenen Jahr^{ix} eine geringe Reformdynamik, Rückschritte bei den politischen Freiheiten sowie Menschenrechtsverletzungen insbesondere in den kurdischen Gebieten zur Sprache bringen wird. Die zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Türkei am 9. September 2005 geschlossene dritte Beitrittspartnerschaft (veröffentlicht am 23. Januar 2006 im Amtsblatt der EU) listet v.a. die Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien als „kurzfristige, d.h. innerhalb von ein bis zwei Jahren umsetzbare Reformziele und Prioritäten auf. Die Türkei hätte folglich Ende 2006 diesbezüglich bereits die Halbzeit erreicht, wird aber auf der Habenseite bis dahin nur wenig vorzuweisen haben, um diese Marke auf der Messlatte zu erreichen^x. Angesichts des bevorstehenden Wahljahres wird sie auch im Jahr 2007 wenig zur Realisierung der vereinbarten Prioritäten beitragen können. Bereits jetzt dürften die diesbezüglichen Prognosen für das kommende Jahr eher düster aussehen.

Bedenkt man, dass im Partnerschaftsabkommen die finanzielle Unterstützung der EU an Fortschritte im Rahmen der Beitrittspartnerschaft gebunden wurde, so zeichnen sich weitere Komplikationen im türkisch-europäischen Verhältnis ab. Die Beitrittspartnerschaft sieht eindeutig folgende Verknüpfung zwischen Beitrittshilfen und Reformfortschritten vor: „Community assistance for financing projects through the pre-accession instruments is conditional on the respect by Turkey of its commitments under the EC-Turkey Agreements, including Customs union Decision 1/95 and other decisions, further concrete steps towards satisfying effectively the Copenhagen criteria and in particular progress in meeting the specific priorities of this revised Accession Partnership. Failure to respect these general conditions could lead to a decision by the Council on the suspension of financial assistance on the basis of Article 5 of Regulation (EC) No 2500/2001“ (ebd., 20)

Ob der Europäische Rat bei weiterhin ungenügenden Reformfortschritten tatsächlich Ernst machen würde mit dem Einfrieren der finanziellen Beitrittshilfen, ist ungewiss. Gewiss ist aber, dass die Verhandlungen zwischen der Türkei und EU steinig verlaufen werden und der Prozess bereits kurze Zeit nach Beginn der Beitrittsverhandlungen in eine Negativspirale geraten ist.

Europa besinnt sich auf sich selbst

Inwieweit sich auch die Tatsache, dass sich die Europäische Union zunehmend Gedanken über ihre Aufnahmekapazität macht und einen Automatismus zwischen Reformschritten und EU-Beitritt ausschließen möchte, auf das türkisch-europäische Verhältnis auswirken wird, lässt sich gegenwärtig nicht vorhersagen. Erkennbar ist aber, dass in der EU eine intensive Debatte über die Aufnahmekapazität der Europäischen Union eingeleitet wurde, zu der der türkische Beitrittswunsch nicht unerheblich beigetragen hat. Im Unterschied zu früheren Beitrittsprozessen soll fortan auch die Aufnahmekapazität der Union ein Aufnahmekriterium sein. So heißt es im Strategiepapier 2005 zur Erweiterung der Europäischen Kommission *„Beim Tempo der Erweiterung ist die Aufnahmefähigkeit der EU zu berücksichtigen. Bei der Erweiterung geht es darum, ein Projekt gemeinsam zu verfolgen, das sich auf gemeinsame Grundsätze, politische Maßnahmen und Organe stützt. Die Union muss ihre Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit im Rahmen eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen ihren Organen gewährleisten, die Haushaltsbeschränkungen respektieren und gemeinsame politische Maßnahmen umsetzen, die gut funktionieren und ihre Ziele erreichen.“*^{xi}

Der Europäische Rat machte jedenfalls frühzeitig deutlich, dass der Beitritt der Türkei auch vor dem Hintergrund der potentiellen finanziellen Belastung zu beurteilen sein wird: *„Turkey’s accession could have substantial financial consequences, the negotiations can only be concluded after the establishment of the Financial Framework for the period from 2014 together with possible consequential financial reforms. Any arrangements should ensure that the financial burdens are fairly shared between all Member States“*^{xii}

Die Stimmung in der türkischen Bevölkerung gegenüber der EU

Die türkische Öffentlichkeit reagiert angesichts dieser Entwicklungen zunehmend gereizt und distanziert auf den EU-Beitrittsprozess. Dass die Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden dem türkischen Beitrittswunsch angelastet wurden, rief Empörung in der türkischen Öffentlichkeit hervor. Dass hinter Frankreichs kritischer Haltung gegenüber dem türkischen EU-Beitritt eine grundlegende Skepsis gegen weitere Erweiterungsrounden steckt und nicht die Armenierfrage, kam beim EU-Gipfel im Juni 2006 deutlich zu Tage. Jacques Chirac forderte hier – ähnlich wie in dem Strategiepapier der Kommission - den Beitritt neuer Kandidaten von der Aufnahmefähigkeit der EU abhängig zu machen.

Auch das Prozedere des Beitrittsprozesses wird von vielen als Zeichen der Ungleichbehandlung gewertet. Denn im Unterschied zum Beitrittsprozess der zehn neuen Mitgliedsländer wird die EU im Fall

der Türkei über die Schließung jedes einzelnen der 35 Kapitel gesondert entscheiden. Ein Zeichen der ungleichen Behandlung sah die Türkei auch in dem französischen Versuch, Bezüge zu Menschenrechtsfragen in das erste zu verhandelnde Kapitel über Kultur und Bildung einzuführen, während dieses Kapitel bei den übrigen Beitrittsverhandlungen eher technisch abgearbeitet worden war.^{xiii}

Der türkischen Bevölkerung und Öffentlichkeit stößt es zunehmend unangenehm auf, für hausinterne Probleme der EU verantwortlich gemacht zu werden. Bereits im Dezember 2004 machte sich in der Türkei allgemeine Ernüchterung breit. Denn das Land erhielt nach einem Nerven aufreibendem Verhandlungsmarathon lediglich einen Termin für den Beginn der Beitrittsverhandlungen. Die Entwicklungen im Laufe des Jahres 2005 – die Verfassungsreferenden, die Armenierfrage und schließlich die Zypernfrage – verstärkten den Eindruck, die Türkei werde anders behandelt als die jüngst beigetretenen 10 neuen Mitgliedsländer. Ebenso hat sich zunehmend die Ansicht manifestiert, dass die EU die Türkei sowieso nicht haben will. Ein Blick auf die Umfragewerte einer zu Beginn des Jahres 2006 von Eurobarometer veröffentlichten Studie zeigt, dass in der Tat der Anteil Gegner eines Beitritts der Türkei in der EU deutlich größer ist als der Anteil der Befürworter. Insgesamt hat sich der Anteil der Befürworter eines Türkei-Beitritts unter der europäischen Bevölkerung relativ stabil bei 31% eingependelt. Der Anteil der eindeutigen Gegner liegt mit 55% deutlich darüber.^{xiv}

Die zunehmende Ablehnung eines türkischen EU-Beitritts unter den EU-Mitgliedsstaaten und der europäischen Bevölkerung führten dazu, dass auch in der türkischen Bevölkerung der Integrationsprozess zunehmend ambivalent empfunden wird. Ein Blick auf die unterschiedlichen Umfragen zu diesem Thema zeigt zwar eine grundsätzlich positive Haltung der türkischen Bevölkerung gegenüber einem EU-Beitritt. So belegen mehrere Studien die Schlussfolgerung des Istanbul Politikwissenschaftlers Hakan Yilmaz dass der Anteil der EU-Befürworter in der Türkei insgesamt relativ stabil ist und je nach politischer Konjunktur zwischen 65 und 75% schwankt^{xv}. Nach einer von ARI im Dezember 2005 durchgeführten Umfrage befürworteten rund 70% der Bevölkerung in der Türkei die EU-Vollmitgliedschaft^{xvi}. Eine vom Marshall-Fonds herausgegebene Studie geht von einem Rückgang der Zustimmung zu einem EU-Beitritt von 73% im Jahr 2004 auf 63% im Jahr 2005 aus und weicht damit graduell von der ARI-Studie ab^{xvii}. Die Autoren einer in den USA herausgegebenen Studie beziffern den Anteil der EU-Befürworter zwar nur auf 57%, räumen aber ein, dass dieses Ergebnis stark auf den konkreten Zeitpunkt und Umstand der Untersuchung zurückzuführen ist, konjunkturell schwankt und vermutlich wieder nach oben schnellen wird^{xviii}.

Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit bzw. Parteinähe unter den EU-Befürwortern lässt sich feststellen, dass die Wähler der 2002 ins Parlament gewählten großen Parteien AKP und CHP den EU-Beitrittsprozess in einer überwiegenden Mehrheit weiterhin befürworten (73,9 % der AKP-Wähler und 72,3 der CHP-Wähler). Hingegen überwiegt bei den Anhängern der übrigen Parteien der Anteil der EU-Gegner 52,9% derjenigen, die heute die MHP wählen würden, sind gegen einen EU-Beitritt. Ähnlich hoch ist auch der Anteil der EU-Gegner unter den potentiellen DYP-WählerInnen (53,1%)^{xix}.

Jedoch verdeutlichen die Umfrageergebnisse auch die Widersprüchlichkeit, von der die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der EU geprägt ist: Obwohl über zwei Drittel der Bevölkerung in der Türkei einem EU-Beitritt positiv gegenüber stehen, sind nach einer von der Bilgi Universität (Istanbul) und der Infakto Research Workshop Anfang 2006 für die Zeitschrift Tempo gemeinsam durchgeführten Studie knapp 60% der türkischen Bevölkerung der Ansicht, dass die EU die Türkei spalten möchte^{xx}. Nach einer von der Bosphorus-Universität und dem Open Society Institute herausgegebenen Studie über Konservatismus in der Türkei nennen 66% der türkischen Bevölkerung als Grund für ihre Skepsis gegenüber Europa die weit verbreitete Meinung, dass Europa beim Erstarren separatistischer Organisationen wie der PKK behilflich gewesen sei; 53,9% sind darüber hinaus der Ansicht, dass die EU den religiösen Werten und der Moral der Jugend (55,2%) sowie der Sprache (49,2%) schaden würde^{xxi}. Der Anteil derjenigen, die Frankreich gegenüber negativ eingestellt sind, stieg von 51% im vergangenen Jahr 2005 auf 61% in diesem Jahr^{xxii}, sicherlich eine Folge des französischen Umgangs mit der Armenierfrage.

Die Angaben belegen eine insgesamt ambivalente Haltung der türkischen Bevölkerung gegenüber dem Projekt EU-Beitritt. Diese Ambivalenz schlägt insbesondere bei „national sensiblen“ Themen zu Ungunsten der EU aus. Damit zeigen die genannten Studien die Bedeutung eines Faktors auf, der spätestens seit 2006 die Politik dieses Landes prägt und die Intellektuellen beunruhigt: die Zunahme des Nationalismus in der Türkei (s.u.).

Die Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema Türkei - EU

Das Türkeibüro der Heinrich-Böll-Stiftung setzte in seiner Arbeit zum hauptsächlich am zivilgesellschaftlichen Dialog an. Hierbei wurde die Auseinandersetzung mit dem Beitrittsprozess, mit den Institutionen der Europäischen Union und einzelnen Politikbereichen gefördert. Besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, die Zivilgesellschaft im Beitrittsprozess zu stärken und zu einer aktiven Mitgestaltung des Beitrittsprozesses zu befähigen. In diesem Zusammenhang hat die Heinrich-Böll-Stiftung im Herbst 2005 zum dritten Mal die so genannte Europa-Jugendwoche unterstützt, auf der StudentInnen sich eine Woche lang mit Fragen der Europapolitik beschäftigen. Zum vierten Mal wurde außerdem das Tandem-Projekt zwischen der Freien Universität Berlin und METU-Ankara unterstützt, das die Kooperation und den inhaltlichen Austausch über globale Fragen zwischen StudentInnen aus politikwissenschaftlichen Fachbereichen in beiden Städten fördert.

Ferner hat die Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit dem NGO-Trainingszentrum der Bilgi Universität ein längerfristig angelegtes Projekt initiiert. Es zielt darauf ab, zivilgesellschaftliche Organisationen aus unterschiedlichen Politikbereichen (Menschen- und Frauenrechte, Umwelt-, Jugend- und Sozialpolitik) zu motivieren, sich mit der Politik der EU in den jeweiligen Bereichen sowie mit den erforderlichen Reformen im Rahmen des Beitrittsprozesses auseinanderzusetzen, eigene Vorstellungen zu definieren und diese schließlich aktiv in den Beitrittsprozess einzubringen. Im Rahmen dieses Projektes wurde im Herbst 2005 eine Konferenz durchgeführt, auf der anhand der Erfahrungen in den neuen Mitgliedsstaaten der Handlungsrahmen für zivilgesellschaftliche Organisationen im Beitrittsprozess erörtert und abgesteckt wurde. Seit Frühjahr 2006 wird ein

monatlich erscheinendes E-Bulletin vorbereitet, das sich mit einzelnen Kapiteln des Beitrittsprozesses sowie mit aktuellen Entwicklungen in der EU und der Türkei befassen wird. Ferner ist für Herbst 2006 ein Dialogprogramm zwischen türkischer und europäischer Zivilgesellschaft vorgesehen.

Außerdem greift die Heinrich-Böll-Stiftung umstrittene Fragen im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsprozess auf und trägt mit ihren Aktivitäten zur Versachlichung der Debatte bei. In diesem Kontext hat sie im November 2005 eine Konferenz zur Agrarpolitik der EU durchgeführt, die relevante Akteure aus Politik, Gesellschaft und EU zusammenbrachte. Die Ergebnisse der Konferenz wurden in einer Publikation, erschienen im Frühjahr 2006, dokumentiert. Schließlich konzentriert sich die Heinrich-Böll-Stiftung darauf, in der Zivilgesellschaft die Auseinandersetzung mit ländlicher Entwicklung unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zu stärken, in diesem Bereich aktive NGOs aus der Türkei und Europa zusammenzuführen und Erfahrungen aus den neuen Mitgliedsstaaten zu übermitteln. Neben der Stärkung der Zivilgesellschaft zielt die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung auf eine Förderung kommunaler Politik. Sie unterstützte die Durchführung einer Studie über Wissensdefizite kommunaler Behörden und Entscheidungsträger bezüglich der Gesetzesreformen und der Stärkung der Kommunen im Beitrittsprozess. Auf Basis dieser Analyse wird im Laufe dieses Jahres ein Seminarkonzept für kommunale Entscheidungsträger ausgearbeitet, mit dem Ziel, diese an die EU-Politik und die Rolle der Kommunen im Beitrittsprozess heranzuführen. Die Seminare sind für Herbst 2006/Frühjahr 2007 vorgesehen.

Vermittlungsarbeit muss aus Sicht der Heinrich-Böll-Stiftung jedoch auch auf EU-Seite geleistet werden, um Vorurteile und Stereotypen gegenüber der Türkei abzubauen. Daher organisiert das Istanbul Büro in Zusammenarbeit mit dem Büro Brüssel regelmäßig Veranstaltungen unter Intellektuellen, Politikern und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu brennenden Fragen der aktuellen Politik – in der EU und in der Türkei. Im Frühjahr 2006 stand das Thema Minderheitenpolitik auf der Agenda. Im Herbst ist eine Veranstaltung in Istanbul geplant, die sich vorrangig mit der Zypernproblematik befassen wird. Die im November 2005 in Berlin durchgeführte internationale Konferenz zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der Türkei zielte auf eine Versachlichung der Debatte in Deutschland und auf die Intensivierung des Austauschs über Möglichkeiten der Europäischen Union, die türkische Reformpolitik in diesem Bereich zu unterstützen - unter Einbeziehung von Wissenschaft, Politik, Administration und Zivilgesellschaft.

Des Weiteren wurde eine im Jahr 2005 erstmals in der Türkei gezeigte Postkarten-Ausstellung zur Armenierfrage im Herbst 2005 zunächst in München und nachfolgend in Köln und Frankfurt ausgestellt. Die Ausstellung und das dazu gehörende Buch will mit Postkarten aus der Jahrhundertwende Falschinformationen oder Zerrbilder über die armenische Bevölkerung im Osmanischen Reich zurechtrücken und auch der deutschen Bevölkerung ins Bewusstsein rufen, dass die Türkei von einem bedeutenden christlichen Erbe geprägt ist.

4. Das Verhältnis Türkei – USA

Der Film „Tal der Wölfe“ und die hohen Besucherzahlen lösten eine internationale Debatte über den zunehmenden Anti-Amerikanismus und Nationalismus in der Türkei aus. Manche Beobachter befürchteten gar eine Abwendung der Türkei vom westlichen Staatenbündnis insgesamt und sehen in der türkischen Außenpolitik Ansätze für ein regionales Großmachtstreben.

Die türkische Außenpolitik steht in der Tat vor einem Dilemma. Die Politik der USA in der Region, insbesondere im Irak, hat sich in den vergangenen Jahren gravierend verändert und zu einer Destabilisierung der Region insgesamt geführt. Ebenso hat die jüngste US-Politik gezeigt, dass sich das traditionelle Verständnis der USA von Bündnispolitik oder strategischen Allianzen verändert hat: Der Übergang zum Konzept der „Koalition der Willigen“ hat nicht nur die Türkei sondern auch die restliche westliche Hemisphäre zu einem Umdenken in ihrem Verhältnis zu den USA herausgefordert.

Die türkische Außenpolitik muss daher neue Antworten auf die US-Außenpolitik in einer Region suchen, die nach türkischem Verständnis direkt mit der inneren Sicherheit des Landes in Verbindung steht. Die Türkei fürchtet, dass sich die Entwicklungen in den Nachbarstaaten Iran, Irak und Syrien negativ auf die innere Sicherheit auswirken können^{xxiii}.

Dadurch dass die Türkei sich nicht an dem Irak-Krieg beteiligte, hat sie sich der Möglichkeit beraubt, unmittelbar auf die dortigen Entwicklungen einwirken zu können. Nicht umsonst wird die Ablehnung einer türkischen Beteiligung im Parlament als „historischer Unfall“ bezeichnet. Ministerpräsident Erdogan war nur wenige Tage vor der Abstimmung ins Amt gewählt, und die neue Regierung war überstürzt gebildet worden. Die Regierung initiierte zunächst eine Initiative zur Abwendung des Krieges, verhandelte aber gleichzeitig mit der US-Regierung über die Bedingungen einer möglichen Beteiligung an einem eventuellen Irak-Krieg^{xxiv}. Sie wurde von der Abstimmung im Parlament überrascht, denn die AKP verfügte über eine satte Mehrheit im Parlament und hatte diesem einen Regierungsantrag zur Abstimmung vorgelegt. Die Versuche, das hierdurch gestörte Verhältnis zu den USA wieder zu verbessern, führten zu einer zweiten Abstimmung im Parlament im Oktober 2003, zu einem Zeitpunkt, an dem die USA offensichtlich nicht mehr auf diese Option bauten. Die AKP-Regierung und vor allem Teile des Militärs waren durchaus an einer Beteiligung im Irakkrieg interessiert, mussten sich aber dem knappen Votum des Parlamentes beugen. Während eine Beteiligung am Irak-Krieg eine direkte Beteiligung an der Nachkriegsordnung mit sich gebracht hätte, sind der Türkei nunmehr die Hände gebunden. Sie ist darauf angewiesen, dass die USA türkische Sicherheitsbelange in Bezug auf die Nachkriegsentwicklungen im Irak berücksichtigt. Zudem ist sie auf die Unterstützung der USA im Kampf gegen PKK-Kräfte im Nord-Irak angewiesen. Jedoch ist für die Türkei die Politik der USA in der Region und insbesondere im Irak in diesem Kontext wenig vertrauenerweckend: Vor, während und nach dem Irak-Krieg betonten vor allem die Hardliner in der Türkei immer wieder, dass sie die Bildung eines kurdischen Staatengebildes im Irak als „casus belli“ auffassen würden. Diese „rote Linie“ dürfe nicht überschritten werden. Zwar haben sich im türkischen Establishment zunehmend auch andere Stimmen gemeldet, die zu einem Umdenken in dieser Frage auffor-

derden. Aber diese Strömung hat sich bisher nicht durchsetzen können. Noch existieren beide Standpunkte nebeneinander.

Im Zuge der erneuten Kämpfe in den kurdischen Gebieten der Türkei, über deren Hintergründe man nur spekulieren kann, gewannen wieder eher die Hardliner an Stärke. Daher appelliert die Türkei seither regelmäßig an die USA, sie beim Kampf gegen die PKK zu unterstützen und droht andernfalls mit einer militärischen Invasion im Nordirak^{xxv}. So betonte der Generalstabschef Hilmi Özkök anlässlich eines Besuches von US-Außenministerin Condoleezza Rice, dass das internationale Recht die Verfolgung von Gewalttätern über die Staatsgrenze hinaus erlaube^{xxvi}. Ferner stationierte die Türkei türkischen Medienberichten zufolge im Frühjahr 2006 250.000 Soldaten an der Grenze zum Irak (dies entspricht der Stärke der gesamten Bundeswehr!), um ihren Drohungen Nachdruck zu verleihen. Dass ein derartiges Aufgebot an Militär nicht zur Befriedung des Kurdenkonfliktes im eigenen Land benötigt wird, dürfte als gesichert gelten. Dennoch vermag auch dieses gigantische Militäraufgebot anscheinend nicht, die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Die USA zeigten zwar gegenüber den türkischen Erwartungen Verständnis und gestanden ein, dass „die anwachsende Infiltration kurdischer Rebellen vom Nord-Irak in die Türkei zugelassen wurde“. Dennoch warnte Außenministerin Rice die Türkei indirekt vor einseitigen Schritten, die eine weitere Destabilisierung des Irak zur Folge haben könnten^{xxvii}.

Die Türkei wiederum inszenierte am 18. Juli 2006 einen Sondergipfel anlässlich der steigenden Opferzahlen unter den türkischen Militärs in den kurdischen Gebieten. Hierbei kritisierte sie erneut in deutlicher Sprache die fehlende Unterstützung der USA im Kampf gegen die PKK und drohte subtil mit einer Militärintervention im Nord-Irak oder der Verhängung des Ausnahmezustandes.. Nicht umsonst fordern daher manche, eher der Regierung nahe stehende Analysten, eindeutige Schritte der USA beim Kampf gegen die PKK^{xxviii}. Die Beteuerungen der USA, Entwicklungen im Irak, welche die Sicherheit der Türkei gefährdeten, nicht zuzulassen, stoßen in Ankara zunehmend auf Skepsis. In der Öffentlichkeit werden die USA für das Wiederaufflammen der bewaffneten Auseinandersetzungen mitverantwortlich gemacht. Im Zuge dieser Politik wird wie bereits in der Vergangenheit die Kurdenfrage vornehmlich als „Terrorproblem“ gesehen. Ansätze einer friedlichen Beilegung des Konfliktes verlieren zunehmend an Bedeutung und Legitimität.

Wie in anderen Ländern haben auch in der Türkei Informationen über Menschenrechtsverletzungen in Abu Ghuraib, über extraterritoriale Haftanstalten, über Guantanamo u.v.m. zu einer wachsenden Kritik an der US-Politik und einem Glaubwürdigkeitsdefizit der USA geführt. Darüber hinaus werden die USA in der türkischen Bevölkerung auch aufgrund ihres Verhaltens gegenüber der Türkei kritisiert: beispielsweise aufgrund der US-Kritik am Syrienbesuch der türkischen Regierung oder des Vorgehens gegen türkische Soldaten im Nord-Irak.

Das Verhältnis der türkischen Bevölkerung zu den USA ist seit dem Irak-Krieg kontinuierlich bis nahe an den Gefrierpunkt abgekühlt. Nach dem PEW-Bericht sank der pro-amerikanische Anteil der Bevölkerung auf ein Tief von nur 12% und liegt damit noch unter dem Niveau während des Irak-Kriegs (15%)^{xxix}. In der Türkei werden die USA von 35,6% der Bevölkerung als größte Bedrohung angesehen, gefolgt von der möglichen Gründung eines kurdischen Staates im I-

rak (25,8%)^{xxx}. Die Bilgi Universität bestätigt in ihrer Studie die Ergebnisse der PEW-Studie: Gefragt nach der Gefahr für den Weltfrieden rangieren die USA mit 60% an erster Stelle, gefolgt vom Israel-Palästina Konflikt (42%) und dem Iran (16%)^{xxxi}. Der Studie zufolge liegt die Türkei an der Spitze der Länder, die den USA gegenüber negativ eingestellt sind: waren im Jahr 2000 (also noch vor dem Irak-Krieg) 52% der türkischen Bevölkerung den USA gegenüber positiv eingestellt, so sank der Anteil kontinuierlich (2003: 30%; 2005 23%) auf gerade einmal noch 12% im Jahr 2006. Hierbei ist festzuhalten, dass die US-Kritik von allen politischen Lagern der Türkei – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - geteilt wird. Einigkeit besteht auch in der Kritik der US-Politik in der Region: 77% stehen dem Anti-Terror-Kampf der USA negativ gegenüber (2004 betrug der Anteil noch 56%)^{xxxii}.

Wenngleich die US-kritische Haltung in der türkischen Bevölkerung zunimmt, ist nicht davon auszugehen, dass sich die türkische Außenpolitik vollständig von den USA abwendet. Die USA werden weiterhin als wichtiger Bündnispartner angesehen. Einen Bruch mit den USA will keine der politischen Kräfte in der Türkei riskieren. Gleichzeitig aber sucht die Türkei vor dem Hintergrund einer veränderten US-Außenpolitik nach Wegen, die eigenen Interessen zu wahren. Sie ist daher bemüht, eine von nationalen Interessen geleitete Außenpolitik in der Region zu definieren. Neben dem Sicherheitsinteresse steht hier auch die potentielle Rolle als „Brücke“ oder „Broker“ im Nahen Osten auf der Tagesordnung. Hierbei unterstützt die Türkei eher europäische Politikansätze als die US-Politik in der Region. Dies veranlasst manche Autoren zu der Annahme, dass die Annäherung der Türkei an die EU automatisch eine Verschlechterung des türkisch-amerikanischen Verhältnisses zur Folge hat^{xxxiii}. Dennoch ist eine solche Annahme verkürzt. Denn trotz unterschiedlicher Politikansätze ist die EU bemüht, ihre Politik im Nahen und Mittleren Osten mit den USA abzustimmen. Sie trägt damit auch dem Umstand Rechnung, dass der Einfluss der EU in der Region im Vergleich zu den USA äußerst gering ist.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Tatsache zu werten, dass die türkische Regierung den Hamas-Führer Khalid Mishal im Februar 2006 empfing. Die Türkei pflegt historisch sehr enge Beziehungen zu Israel. Während Ägypten als erstes arabisches Land Israel erst 1978 im Camp David Abkommen anerkannte, ging die Türkei diesen Schritt bereits im Jahr 1949. Erst nachdem die UNO die PLO als legitime Vertretung der Palästinenser anerkannte, erlaubte die Türkei die Eröffnung eines offiziellen Büros in Ankara. Die Türkei war fortan um eine Politik der Äquidistanz zu beiden Seiten bemüht und unterhielt hierbei auch enge militärische Verbindungen mit Israel. Die AKP hegte größere Sympathien für die muslimischen Brüder in Palästina, bemühte sich jedoch insgesamt um eine Aufrechterhaltung der bisherigen Außenpolitik in dieser Frage. Allerdings ist auch zu erwähnen, dass Ministerpräsident Erdogan Israel mehrfach als einen „terroristischen Staat“ bezeichnete^{xxxiv}.

Der Wahlsieg der Hamas in Palästina brachte jedoch diese Haltung ins Wanken. Die AKP beging den Fehler, den Wahlsieg der Hamas mit ihrer eigenen Geschichte gleichzustellen. Sie forderte daher die internationale Staatengemeinschaft auf, das Ergebnis der Parlamentswahl zu respektieren. Obwohl Ankara betonte, von der Hamas eine Anerkennung Israels und eine friedliche Außenpolitik, zu fordern, war der Schaden immens. Dieser Schritt löste unter den säkularen Kräften der Türkei, in Europa und den USA Empörung aus,

wurde als Ausschere aus dem westlichen Staatenbündnis gewertet und nährte die Skepsis, dass die AKP eine „pro-islamische“ Politik betreibe. Insgesamt ist dieser Schritt wohl eher als ein Versuch Ankaras zu werten, seine Rolle als Moderator oder Brücke zwischen der muslimischen und der westlichen Welt zu spielen^{xxxv}.

Auch die US-Politik gegenüber dem Iran löste in der Türkei wie in anderen Ländern ambivalente Reaktionen aus. Zunächst sei daran erinnert, dass die USA den Iran bereits im Jahr 2003 als Teil der „Achse des Bösen“ bezeichneten. In der US-Sicherheitsstrategie vom März 2006 wird der Iran als das Land bezeichnet, das die USA am meisten herausfordere. Interessant ist die Aussage des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im türkischen Parlament zur Iran-Krise: „First all Arabs were identified with Islamic terrorism, and then nuclear power was added to the equation with Iran. India and Israel were not included even though they also have nuclear weapons“ (Dülger, ebd., 7). Dieses Zitat gibt die Haltung von vielen TürInnen wieder und legt den Finger in eine immer wieder ‚nutzbare‘ Wunde: die Doppelbödigkeit internationaler Politik. Dennoch führt diese Einstellung nicht aus der bestehenden Krise heraus und kann eher als Argument für manche Kräfte in der Türkei benutzt werden, die lieber heute als morgen mit dem Bau von Kernkraftwerken beginnen würden (s.u.). Die USA wird im Fall des Iran weniger eine türkische Beteiligung anstreben, als vielmehr die Benutzung der Militärbasis Incirlik und eine Zusage der türkischen Regierung, sich an internationalen Boykotten gegenüber dem Iran gegebenenfalls zu beteiligen. Hinsichtlich der Militärbasis Incirlik hat, so türkische Presseberichte, das türkische Außenministerium zunächst rotes Licht erteilt. Sie sollen auch das vermeintliche Angebot der USA, die Türkei bei ihren Kernenergieplänen zu unterstützen, abgewiesen haben^{xxxvi}. Wenngleich nicht gesichert ist, ob dieses Angebot tatsächlich unterbreitet wurde, so weist es doch auf einen für die Türkei wichtigen Faktor hinsichtlich der Iran-Krise hin: Die Türkei fürchtet im Fall eines Militärschlages gegen den Iran nicht nur eine regionale Destabilisierung, sondern auch ein Ansteigen der Energiepreise. Der Iran ist jedoch einer der Hauptlieferanten von Erdgas für die Türkei, ein Handelsboykott gegenüber dem Iran ist für die Türkei daher kaum vorstellbar. Von einem Ansteigen der Energiepreise wäre die Türkei empfindlich getroffen.^{xxxvii}

Aber auch eine Forderung der USA nach Zurückhaltung im türkisch-iranischen Verhältnis oder gar der Einhaltung eines eventuellen internationalen Boykottes widerspricht den aktuellen außenpolitischen Ambitionen der Türkei, die Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu pflegen und als Broker zwischen Okzident und Orient aufzutreten^{xxxviii}. Zudem ist auch nicht außer Acht zu lassen, dass die Türkei enge wirtschaftliche Verbindungen mit dem Iran, insbesondere im Energiebereich, pflegt und von der Lieferung des iranischen Gases abhängt. Die iranische Regierung ihrerseits versucht die widersprüchliche Haltung der türkischen Regierung zu instrumentalisieren, indem sie an das gemeinsame muslimische kulturelle Erbe appelliert und die Bemühungen der Türkei, eine aktivere Rolle in der „islamischen Welt“ zu spielen, lobend hervorhebt.

Bisher scheinen weder die USA noch die Türkei über eine wirkliche Alternative zu ihrer strategischen Partnerschaft zu verfügen. Die Bemühungen der USA, die Beziehungen zu den südkaukasischen Ländern zu verbessern, können die Bedeutung der Türkei in der Region noch nicht ersetzen. Dennoch gibt es klare Signale, dass sich

die USA – allein schon aus energiepolitischen Gründen - in der Region nach weiteren Verbündeten umsieht^{xxxix}

5. Innenpolitik

Nationalismus – Minderheitenproblematik

Seit Frühjahr vergangenen Jahres wird das Land von einer nationalistischen Woge überzogen, die ihren Höhepunkt noch immer nicht erreicht zu haben scheint. Angefangen bei Protesten gegen das Verbrennen einer türkischen Flagge durch Jugendliche in Mersin, über die Auseinandersetzungen zur Armenierfrage, zunehmende pogromartige Übergriffe auf Kurden in den Slums der Großstädte und die Zunahme bewaffneter Kämpfe in den kurdischen Gebieten bis hin zu einem Aufflammen einer Art „Westphobie“, die in der Sorge vor dem Aufkauf des Landes durch AusländerInnen und der Ermordung von Priestern Gestalt annimmt.

Diese Entwicklungen haben einige Forschungsinstitute der Türkei dazu bewogen, das Phänomen wissenschaftlich zu untersuchen. Nach einer dieser Studien gehören der Nationalismus und die Religion zu jenen Belangen, denen von der Gesellschaft am meisten Wert beigemessen wird. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass knapp 69% der Befragten nationalistisch eingestellt sind^{xl} und unabhängig von der Parteipräferenz (Auswahl zwischen AKP, CHP, DYP, MHP) mehrheitlich die Aussage unterstützten, „für das Türkentum zu kämpfen und zu sterben“^{xli}. 83,7% der Befragten gaben an, stolz darauf zu sein, Türke zu sein; 69,5% davon waren der Ansicht, dass auch ein Nicht-Muslim Türke sein könne^{xlii}. In Widerspruch dazu gaben 52,6% der Befragten an, dass „Atheismus“, „Jude-Sein“ oder „Christ-Sein“ nicht mit dem Türkentum vereinbar sei.^{xliii}

Interessant ist, dass, unabhängig von Parteiaffinitäten, der Unterricht und die Ausstrahlung von Fernsehsendungen in einer anderen als der türkischen Sprache von einer deutlichen Mehrheit von 82,7 bzw. 71,8% unterstützt wird. Dies gilt sogar für die MHP-Anhänger. Diese Haltung wird damit erklärt, dass die Meinung, die türkische Gesellschaft sei ein Mosaik verschiedener Kulturen von der Mehrheit geteilt, andererseits aber das Türkentum als die rechtmäßig dominierende Kultur verstanden wird. So gaben 53,3% der Befragten an, ihre Kinder nicht an eine Person nicht-türkischer Herkunft verheiraten zu wollen, 68,8% lehnten eine Ehe ihrer Kinder mit einem/r Nicht-Muslim/a ab^{xliv}.

Befragt danach, was die Gesellschaft in der Vergangenheit am meisten beunruhigte, nannten 52,2 % der Befragten den Aufkauf von Ländereien durch Ausländer, 30,2% und 21,2% die Verfahren im Rahmen von Art. 301 Strafgesetzbuch (Verunglimpfung des Türkentums). CHP-Anhänger fühlten sich am meisten durch den Kauf von Ländereien durch Ausländer beunruhigt; MHP-Anhänger von den kritischen Äußerungen des Schriftstellers und Friedensnobelpreisträgers Orhan Pamuk^{xlv}

Diese Studie bestätigt die Sorge vieler Intellektueller, dass die Auseinandersetzungen um die PKK bzw. um die nationale Identität nun auch die Gesellschaft erfasst hätten. Während in den 90er Jahren die Auseinandersetzungen in der Kurdenfrage als eine Auseinanderset-

zung zwischen Staat und PKK betrachtet wurde, habe diese nun die Bevölkerung erreicht. Die Gesellschaft sei gespalten in die „Türken“ und „die Anderen“. Das Werben für ein friedliches Zusammenleben der Gesellschaft werde als Vaterlandsverrat verstanden und kriminalisiert. Daher hat im Juni 2006 ein Teil der Initiatoren der letztjährigen Initiative zur friedlichen Beilegung des Kurdenkonfliktes nun eine Kampagne mit dem Titel „Lasst uns zusammenleben“ (Birlikte yasayalım) initiiert und hofft, ein breites gesellschaftliches Spektrum, Kunstschaffende und Prominente für diese Kampagne zu gewinnen.

Als neues Phänomen muss auch das Auftreten von NGOs gewertet werden, die sich der gewonnenen Freiheiten bedienen, um Vereine zu gründen, die gegen Oppositionelle und demokratisch gesinnte mobil machen. Besonders hervorgetan hat sich in diesem Kontext eine Vereinigung von Rechtsanwälten, die das neue Strafgesetz für ihre Zwecke ausnutzt und das Land mit Strafverfahren gegen Intellektuelle, Schriftsteller und Politiker überzieht. Auf das Konto dieses Vereins geht das Strafverfahren gegen die JournalistInnen, die über die Armenierkonferenz berichteten, das Strafverfahren gegen Orhan Pamuk, gegen Hrant Dink, gegen Baskin Oran und Ibrahim Kaboglu und gegen den Europaparlamentsabgeordneten Joost Lagendijk.^{xlvi}

Kurdenfrage

Vor dem Hintergrund dieser nationalistischen Welle sind auch die Entwicklungen in der Kurdenfrage zu sehen. Ministerpräsident Erdogan hat im August 2005 die InitiatorInnen der Kampagne zur Befriedung des Konfliktes empfangen. Er reiste auch nach Diyarbakir, sprach dort von gleichen Rechten für die kurdische Bevölkerung und erkannte offiziell das Kurdenproblem an. In diesem Kontext propagierte er auch die Idee von „Ober- und Unteridentitäten“ in der Gesellschaft: Oberidentität sei die türkische Staatsangehörigkeit, darunter hätten viele kulturelle, religiöse oder ethnische Subidentitäten Platz. Wenig ist von diesem Vorstoß geblieben. Erdogan selbst war, so seine Aussage, enttäuscht über den geringen Rückhalt unter den kurdischen Intellektuellen und NGOs. Außerdem sagte die PKK lediglich eine Waffenpause von einem Monat zu. Damit konnte Erdogan in der Türkei nicht mit einem Ergebnis aufwarten, welches die Durchsetzung seiner innenpolitisch gewagten Initiative ausgereicht hätte.

Nur wenige Wochen nach dieser Initiative wurde der Fall „Semdinli“ in den türkischen Medien bekannt, ein Bombenattentat auf eine Buchhandlung, dessen Besitzer Nähe zur PKK unterstellt wurde. Die Ermittlungen deuteten wie schon früher im Fall von „Susurluk“ auf Verbindungen zwischen bewaffneten Banden und Sicherheitsapparat hin. Diesmal sollen die Spuren bis hinauf in die Spitze der Armee, d.h. bis zu General Büyükanit reichen, der im August 2006 als Nachfolger von Hilmi Özkök das Amt des Generalstabschefs antreten soll. Der Staatsanwalt, der es gewagt hatte, Ermittlungen gegen Büyükanit einzuleiten, wurde vom Dienst suspendiert. In der Zwischenzeit (19.06.2006) wurden zwar einige Verantwortliche zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Da aber die Drahtzieher, so die Meinung in der türkischen Öffentlichkeit, ungeschoren davon gekommen seien, können diese Strafen nicht zufrieden stellen.

Ungefähr zeitgleich zu diesem Vorfall lancierte der Generalstab eine Meldung, wonach der Terror unter Beibehaltung der bestehenden

Freiheiten nicht in den Griff zu bekommen sei. Zur Beendigung des Kurdenproblems sei ein besonderes Gesetz erforderlich, das einen wirksamen Kampf gegen den Terrorismus ermögliche. Das Kurdenproblem – nur wenige Monate zuvor von Ministerpräsident Erdogan offiziell anerkannt – wurde wie schon in der Vergangenheit zum Terrorismusproblem erklärt. Erdogan hatte seine Möglichkeit erhalten; nun waren die „Anderen“ am Zug.

Seither häufen sich die Meldungen über Todesopfer bei bewaffneten Auseinandersetzungen in den kurdischen Gebieten. Der Konflikt erreichte Ende März 2006 einen vorläufigen Höhepunkt. Die Beerdigung von vier Gefallenen PKK-Kämpfern war der Auslöser für mehrtägige Unruhen in Diyarbakir Ende März 2006, bei denen 11 Menschen zu Tode kamen und 566 Personen – darunter 202 Kinder – vorübergehend inhaftiert wurden^{xlvii}. Die Ereignisse zeigten, dass es angesichts der sozialen Notlage vor allem in den Städten der kurdischen Gebiete nur eines Funkens bedarf, um einen Proteststurm zu entfachen. Die Unruhen fanden ihren Anfang in den vornehmlich von BinnenmigrantInnen bewohnten Armutsvierteln der Stadt. Nach ersten Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften entluden kurdische Jugendliche ihren Zorn an öffentlichen Gebäuden und Banken. Die Sicherheitskräfte reagierten mit einer auch für die Region ungewohnten Härte. Ministerpräsident Erdogan erklärte öffentlich, auch vor Kindern und Frauen nicht Halt zu machen, sollten diese „instrumentalisiert“ werden.

Angesichts der Eskalation in der Kurdenfrage wird derzeit kaum eine Frage hinter vorgehaltener Hand so oft gestellt wie wer in diesem Land die Macht in den Händen hält: die Regierung, der „tiefe Staat“ oder das Militär? Zunehmend wird bezweifelt, dass die türkische Regierung die Entwicklungen noch unter ihrer Kontrolle hat. Ernsthaft glaubt niemand, dass Ministerpräsident Erdogan den Krisengipfel anlässlich des Todes von mehreren Soldaten in den kurdischen Gebieten aus freien Stücken ausgerufen hat. Der gleiche Ministerpräsident, der im August von einem Jahr von der „Kurdenfrage“ sprach und eine Gruppe Intellektueller, die sich für eine friedliche Beilegung des Konfliktes einsetzen, empfing, sieht jetzt die Kurdenfrage als reine „Terrorfrage“ (s. auch Kapitel zu Anti-Terror-Gesetz). Vielmehr sehen die meisten darin ein Zeichen, dass die zivile Regierung nicht mehr das Sagen in dem Land hat und den Militärs den Platz räumen muss.

Es ist daher auch kaum verwunderlich, dass die Reformen bezüglich der kulturellen Rechte von Kurden kaum vorangekommen sind. Es vermag nicht zu überzeugen, dass die Türkei juristische Fortschritte im Zulassen der kurdischen und anderer Sprachen erzielt hat. Denn die Praxis sieht häufig anders aus: So wurde gegen sieben Mitglieder des DEHAP-Vorstandes in Bitlis ein Strafverfahren eingeleitet, weil auf ihrem ersten Kongress ein Lied in kurdischer Sprache gespielt wurde. Sie wurden zu jeweils fünf Monaten Haft verurteilt. Die Liste derartiger Vorfälle ließe sich durchaus noch erweitern^{xlviii}. Ebenso wurde gegen den Vorsitzenden und 12 weitere Mitglieder der kurdischen Partei Hak-Par ein Strafverfahren eröffnet, weil sie an den Staatspräsidenten, das Parlament und den Ministerpräsidenten eine Einladung in kurdischer Sprache geschickt hatten. Ihre Beschwerde beim Verfassungsgericht wurde abgelehnt.

Unter diesen Umständen ist es für die NGOs und unabhängige politische Organisationen in den kurdischen Gebieten deutlich schwerer geworden, politisch als unabhängige Kraft in Erscheinung zu treten. Nach internem Tauziehen hat sich Mitte August 2005 die Demokratische Volkspartei (DEHAP) der Demokratischen Gesellschaftsbewegung (DTH) angeschlossen, die von Leyla Zana, Hatip Dicle und Orhan Dogan nach der Entlassung aus dem Gefängnis ins Leben gerufen wurde. Die Demokratische Volkspartei (DEHAP) löste sich am 19. November 2005 auf und ist geschlossen der Partei der Demokratischen Gesellschaft DTP beigetreten. Dennoch steckt hinter dieser Parteigründung kein politischer Kurswechsel. Es gelang den Kreisen um Leyla Zana nicht, eine eigenständige Politik zu entwickeln und ideologische Altlasten über Bord zu werfen. Zwar wurden im Herbst 2005 und Frühjahr 2006 jeweils sog. Kurdenkonferenzen durchgeführt, auf denen die Zukunft der Kurdenfrage diskutiert wurde. Nach Augenzeugenberichten wagten es auch einige Stimmen, sich als politisch unabhängige Kräfte zu profilieren. Aber angesichts der angespannten Lage wagt es zurzeit kaum jemand, sich öffentlich ‚aus dem Fenster zu hängen‘. Man möchte nicht in die Schusslinie des Konfliktes geraten und als Vaterlandsverräter des ein oder anderen Vaterlandes gelten.

Armenierfrage

Es wird daher auch wenig erstaunen, dass auch in der Armenierfrage oder in Bezug auf die Rechte von nicht-muslimischen Minderheiten keine Fortschritte erzielt wurden.

Zwar konnte Ende September 2005 die sog. „Armenierkonferenz“ an der Bilgi Universität stattfinden. Dies ist jedoch eher darauf zurückzuführen, dass der Beginn der Beitrittsverhandlungen am 3.10.2005 kurz bevorstand. Denn mit der Tatsache, dass die Konferenz stattfinden konnte, dürfte die Liste der positiv zu vermeldenden Ereignisse aber auch schon wieder geschlossen sein. Zwar gibt es immer noch Projekte und Bewegung in der Zivilgesellschaft. Aber auf offizieller Seite ist hinsichtlich der Initiative vom Frühjahr 2005, eine Historikerkommission gründen zu wollen, bisher nichts geschehen. Die Forderung des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlamentes vom 6.6.2006, die Türkei solle die diplomatischen Beziehungen zu Armenien aufnehmen und die Grenzen öffnen, ist sicher immer noch richtig. Aber Fortschritte auf der bilateralen Ebene sind angesichts der aktuellen Lage im Land ebenso wenig zu erwarten.

Reformstau oder Backlash?

Dass der Reformelan in der Türkei seit dem vergangenen Jahr erlahmte, ist mittlerweile ‚common sense‘. Die jüngsten Entwicklungen in der Türkei zeigen aber, dass nicht nur keine weiteren nennenswerten positiven Schritte zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien unternommen werden. Sie verdeutlichen auch, dass bestehende Reformen wieder graduell zurückgenommen werden können. Gegenwärtig erlebt die türkische Gesellschaft hinsichtlich politischer Grundfreiheiten einen eindeutigen Rückschlag. Von einem steten Fortschritt in Richtung Demokratie kann also keineswegs die Rede sein.^{xlix} Angesichts bevorstehender Wahlen im kommenden Jahr und der oben beschriebenen nationalistischen Stimmungslage wird sich die Regierung hüten, weitere Reformschritte zu initiieren, die sie Stimmen kosten könnten. Zwar hat die Regierung angekündigt, ein weiteres Reformpaket vorzubereiten, darunter auch die Reform des Stiftungsgesetzes. Aber so recht mag gegenwärtig niemand glauben,

dass dieses Gesetz wirklich Fortschritte bringen wird. Befürchtet wird eher, dass es eine kosmetische Änderung darstellt, die insbesondere durch andere Gesetze ausgehebelt werden könnte. Eine solche Reform wäre dann allerdings eher schädlich. Als Beispiel für den Rückschlag können die Strafverfahren gegen JournalistInnen, Intellektuelle und Schriftsteller im Rahmen des im Juni 2005 verabschiedeten Strafgesetzes und die Gesetzesinitiative zur Verabschiedung eines neuen Anti-Terror-Gesetzes angeführt werden.

Urteile zur Meinungsfreiheit

Seit Verabschiedung des neuen Strafgesetzes im Juni 2005 standen bis März 2006 allein 29 Journalisten nach Artikel 301 (Verunglimpfung des Türkentums) vor Gericht; acht davon wurden verurteilt. Die übrigen Verfahren dauern weiterhin an. 17 Journalisten wurden bis März 2006 nach Artikel 288 Strafgesetzbuch vor Gericht gestellt: Ihnen wird vorgeworfen, versucht zu haben, Gerichtsentscheidungen zu beeinflussen. Viele dieser Prozesse beziehen sich auf Texte, die bereits vor Jahren geschrieben wurden; die meisten der gefällten Urteile werden in Geldstrafen umgewandelt und auf Bewährung ausgesetzt.^l Nach einhelliger Meinung von Experten könnte das Gesetz durchaus auch im Sinne einer größeren Meinungs- und Pressefreiheit ausgelegt werden. Aber: „any official with bad intentions can still find a pretext to stop freedom of expression“, so Sanar Yurdatapan, ein international anerkannter Menschenrechtsaktivist^{li}. Genau hier greift der Begriff „tiefer Staat“, der all diejenigen Kräfte im Staatsapparat, Militär, Sicherheitskräfte, Justiz und Innenministerium umschreibt, die an autoritären und zentralistischen Staatsstrukturen festhalten wollen. Solange diese Kräfte weiterhin dominieren, müssen die Reformen derart wasserdicht gemacht werden, dass es nicht möglich ist, sie in ihr Gegenteil zu verkehren. Appelle der türkischen Regierung, doch erst einmal abzuwarten, es werde schon nicht zu Strafverfahren kommen, haben sich als falsche Einschätzung erwiesen.

In dem Bericht des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlamentes werden allein sieben Artikel des Strafgesetzes aufgeführt, auf deren Basis die Meinungsfreiheit und Pressefreiheit eingeschränkt werden kann. Neben den oben erwähnten Artikeln 301 und 288 wurden weitere Strafverfahren auf Grundlage von Artikel 216, 277, 285, 305 und 318 eingeleitet.

Das neue Anti-Terrorgesetz

Erst im Herbst vergangenen Jahres hatte das Militär dazu aufgerufen, die Zügel fester zu ziehen. Schuld am Wiederaufflammen der Konflikte sei ein zu großes Maß an Freiheiten (s.o.). Seither wurde die Notwendigkeit eines neuen Anti-Terror-Gesetzes gebetsmühlenartig beschworen, ein Gesetz das vor den EU-Reformen bereits existierte und damals die rechtliche Grundlage für die Einschränkung der Meinungsfreiheit lieferte. Es wird beteuert, auch die Türkei müsse sich gegen den Terrorismus wappnen, der zudem vor der eigenen Haustür tobe. Es zeichnete sich bereits im Herbst 2005 ab, dass die Kurdenproblematik als ein Terrorproblem umdefiniert und als Hebel dafür benutzt werden sollte, mühsam erreichte Fortschritte im Bereich Meinungs- und Pressefreiheit wieder rückgängig zu machen.

Noch frisch sind die Erinnerungen an das Anti-Terror-Gesetz aus dem Jahr 1991, das den damaligen Regierungen weitreichenden Repressionen gegen Oppositionelle ermöglichte. Die darin enthaltenen Regelungen bezüglich der Polizeihaft (Zugang zu Rechtsanwälten erst nach 4 Tagen, etc.) stellten auch die Grundlage für systematische Folter und Straffreiheit für Folterer dar.

Liest man die Tatbestände, die in dem neuen Gesetzesentwurf als Terror aufgelistet sind, traut man seinen Augen nicht. Mehr als fünfzig Straftaten sollen nun unter den Begriff „Terror“ fallen. Mit einem derart ausgeweiteten Terror-Verständnis wird erneut Repressionen gegen Oppositionelle Tür und Tor geöffnet. Wieder sind Maßnahmen vorgesehen, welche die Rechte auf Verteidigung und die Bedingungen unter Polizeihaft beschränken. Damit würde wieder Folter Vorschub geleistet. Ebenso soll die Möglichkeit des Schusswaffengebrauchs von Sicherheitskräften ausgeweitet werden, wodurch erneut die Gefahr von extralegalen Hinrichtungen bestünde.

Die Menschenrechtsstiftung kommt daher zu dem Fazit: *„If the draft bill is to become law as it stands, right to live, personal security, freedom of speech and torture ban at first hand, restrictions in all the fields of life will plug the breathing veins of whole society. Thus, the possibilities to secure peace will completely disappear”* (Presseerklärung der Menschenrechtsstiftung, 26.4.2006). Nicht umsonst ist in der Türkei gegen diesen Gesetzesentwurf ein Sturm des Protestes ausgebrochen. Neben allen Menschenrechtsorganisationen rufen zahlreiche NGOs, Rechtsanwälte, Universitäten, SchriftstellerInnen- und JournalistInnen-Verbände über e-groups zu Unterschriftsaktionen gegen das Gesetz auf. Auch das Europäische Parlament hat seine Bedenken gegen dieses Gesetz deutlich zum Ausdruck gebracht: *„the current draft of the Anti-Terror-Law undermines previous reforms in the field of fundamental freedoms and human rights by reintroducing elements that had been cancelled during previous reforms, and whereas that draft may further restrict the exercise of those rights and freedoms by introducing wide definitions of the terms “terrorist act” and “terrorist offenders” and by extending the scope of the crimes falling under that law”* (EP, Committee on Foreign Affairs, 2006/2118 (INI) – Provisional, vom 6.6.2006, 4). Trotz dieser breiten nationalen wie internationalen Kritik zeigt sich die Regierung aber entschlossen, das Gesetz zu verabschieden.

Islam und Politik

Neben der oben beschriebenen nationalistischen Welle, ist die türkische Gesellschaft und Politik auch in der Frage Islam – Laizismus – Politik tief gespalten. Der Konflikt konzentriert sich aktuell auf die Diskussion um die Neubesetzung des Staatspräsidentenamtes, worüber das Parlament im Frühjahr 2007 entscheiden soll. Das Interesse des amtierenden Ministerpräsidenten T. Erdogan an diesem Amt wird von den kemalistischen Kräften als Gefährdung der laizistischen Ordnung abgelehnt und damit begründet, dass seine Ehefrau in der Öffentlichkeit ein Kopftuch trägt. Der Konflikt fordert folglich die Auseinandersetzung mit der „Identität“ der Gesellschaft und der Republik heraus. Zwar spielt nach einer Umfrage der Bilgi Universität vom Februar 2006 der Islam als Teil der türkischen Identität eine wichtige Rolle und wird nicht als „Widerspruch zur Identität als türkischer Staatsangehöriger gesehen. Denn die Mehrheit der in der Studie Befragten sah keinen Widerspruch zwischen „Türkentum“ und „Islam“. Ebenso betrachtet sich die Mehrheit der AKP-

AnhängerInnen als Vaterlandsliebende oder Nationalistenⁱⁱⁱ. Dennoch findet in dies in der politischen Auseinandersetzung keinen Widerhall.

Noch immer wird von kemalistischer Seite der traditionelle Laizismus vehement verteidigt, der in einer Beseitigung religiöser Symbole im öffentlichen Raum, der Kontrolle des Staates über die Religionsausübung und –interpretation und dem Verbot religiöser Sufi-Orden verankert ist. Für die nationalistisch-kemalistische Elite ist dieser Laizismus auch ein Garant für Westorientierung, Fortschrittlichkeit und Moderne der Gesellschaft. Umgekehrt sieht der religiöse Teil der Gesellschaft in genau dieser Laizismusvariante sein Grundrecht auf Religionsfreiheit verletzt.

Die ideologische Überfrachtung des Themenkomplexes Laizismus-Kemalismus-Demokratie hat zur Folge, dass zahlreiche reformbedürftige Bereiche der Gesellschaft nicht gestaltet werden. Obwohl sich seit 2002 eine Regierung mit religiösem Hintergrund an der Macht befindet, ist es bis heute nicht gelungen, den gesellschaftlichen Konflikt zu lösen. Eine Initiative der AKP-Regierung im Jahr 2005, Reformen im Bildungswesen durchzuführen, die AbgängerInnen von religiösen Imam-Hatip-Schulen den Zugang zu normalen Universitäten ermöglicht hätte, wurden auf einen Wink des Generalstabs schnell kassiertⁱⁱⁱⁱ. Auch hinsichtlich des Kopftuch-Dilemmas kommt die Türkei nicht voran, obwohl die Stimmen zunehmen, die für eine Lockerung des Kopftuchverbotes – zumindest für Studentinnen - eintreten. So unterstützen Frauenrechtsgruppen in der Türkei zunehmend die Forderungen ihrer gläubigen Schwestern und sehen im Kopftuchverbot eine Diskriminierung von Frauen.

In diesem Kontext hatte das Urteil des Europäischen Menschenrechts-Gerichtshofs im Fall Leyla Sahin vom 10.11.2005 eine enorme Tragweite. Der Gerichtshof entschied, dass das Kopftuchverbot zum Schutz des Laizismus und der Gleichheit legitim sei. Hierdurch wurde denjenigen Kräften in der Türkei, die für eine Reform des Verbotes eintreten, die Legitimität entzogen. So jedenfalls sieht es die kemalistische Elite des Landes, die aus dem Urteil eine Bestätigung für die türkische Praxis ableitet. Als der Europäische Gerichtshof dann noch die Beschwerde von Sevgi Kurtulus gegen das Kopftuchverbot an einer Istanbuler Universität als unzulässig abwies, war der Handlungsspielraum der Türkei endgültig beschnitten. Gerade in der Justiz wird mit Verweis auf dieses Urteil weiterhin eine harte Gangart eingelegt: so wurde am 2. Februar 2006 gegen die Grundschullehrerin Aytac Kilinc, die im Unterricht kein Kopftuch trägt, eine Ernennung zur Schuldirektorin abgelehnt mit der Begründung, dass sie auf dem Schulweg Kopftuch trage^{liv}. Den Höhepunkt dieser Auseinandersetzung bildete der am 17. Mai 2006 verübte Anschlag auf den Richter des Oberverwaltungsgerichtshofes, Herrn Yücel Özbilgin. Das Gericht zeichnete sich unter anderem verantwortlich für das Urteil gegen die Grundschullehrerin Aytac Kilinc. Zwei Komplizen des Anwaltes, die allesamt der sog. Kizilelma angehören, gestanden schließlich auch die Attentate auf die kemalistische Tageszeitung Cumhuriyet Anfang Mai 2006. Kizilelma (roter Apfel) bezeichnet den losen, nicht organisierten aber jederzeit mobilisierbaren Zusammenschluss von kemalistischen, nationalistischen und linksradikalen Kräften.

Da die Regierung ihrer Klientel wenig Fortschritte im Bereich „Islam und Politik“ bieten kann, starteten manche AKP-Bürgermeister den Versuch, „alkoholfreie Zonen“ einzurichten. Diese Initiative wurde jedoch auch aufgrund von Kritik aus den eigenen Reihen rasch wieder zurückgezogen. Es zeigt aber, dass die AKP mangels substantieller Fortschritte nun auf kulturellem Gebiet Boden zu gewinnen versucht. In diesem Kontext ist auch Erdogans Vorpreschen Ende 2004 in Sachen Ehebruch (zina) zu verstehen.^{lv} Derartige Initiativen wiederum rufen die Gegenseite auf den Plan, die ihre schon immer gehegten Befürchtungen bestätigt sieht. Je näher die Vorwahlkampfphase rückt, desto enger wird es für die AKP. Noch kann sie mit Verweis auf das Militär und die „eigentlichen“ Machthaber ihre Hände in Unschuld waschen. Dies mag auch noch für die kommende Parlamentswahl ausreichen. Dauerhaft aber wird sie diesen Spagat nicht aushalten können. Langfristig ist daher zu erwarten, dass sich die verschiedenen Strömungen in der AKP wieder auseinander dividieren werden.

In jüngster Zeit häufen sich Berichte über Korruptionsfälle von AKP-regierten Kommunen. So soll die Stadt Istanbul bei öffentlichen Ausschreibungen Firmen des sog. „grünen Kapitals“^{lvi} bevorzugt behandelt und den Zuschlag erteilt haben. Der Versuch, die eigene Klientel durch wirtschaftliche Begünstigungen an sich zu binden, beschädigt das Image der „sauberen, nicht korrupten Partei“, mit dem sie bei der vergangenen Wahl insbesondere in den ärmeren Vierteln der Großstädte überzeugen konnte. Damit riskiert die AKP, als eine Partei unter vielen zu gelten und an Attraktivität einzubüßen.

Genderaspekte

Der EU-Fortschrittsbericht aus dem Jahr 2005 benennt als Hauptprobleme häusliche Gewalt, Ehrenmorde, eine hohe Rate an Analphabetinnen und geringe Repräsentanz von Frauen in Parlament, Kommunen und auf dem Arbeitsmarkt.

Im Rahmen des Vorwahlkampfes zeichneten sich positive Entwicklungen im Hinblick auf Quotenregelungen für Frauen ab: so erhöhte die ÖDP ihre Quote auf 50% und die regierende AKP kündigte an, auf dem Parteikongress im November 2006 ihre Quote von 20% auf 30% anzuheben. Die pro-kurdische Partei DTP führte als erste Partei in der Türkei eine Doppelspitze ein und legte eine Frauenquote von 40% fest.

Gewalt gegen Frauen – ein tief sitzendes Problem

Seit ihren Anfängen legt die türkische Frauenbewegung ihr Hauptaugenmerk auf den Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Im vergangenen Jahr hat sie jedoch begonnen, sich verstärkt auch dem Aspekt Frauenerwerbstätigkeit zu widmen. Unterstützt durch internationale Berichte wie einer UNPF-Studie zur Gewalt gegen Frauen und OECD-Studie zur Frauenerwerbstätigkeit gewannen beide Themen in der türkischen Öffentlichkeit größere Aufmerksamkeit.

Noch immer stellt Gewalt eines der großen Probleme von Frauen in der Türkei dar. Die UNPF veröffentlichte im November 2005 eine Studie, in der die Hintergründe von Gewalt gegen Frauen und Ehrenmorden in der Türkei beleuchtet werden. Obwohl auf rechtlicher Ebene einige Fortschritte erzielt wurden und häusliche Gewalt gegen

Frauen unter Strafe gestellt wird, greifen diese Maßnahmen, so der Bericht, nicht oder viel zu kurz.^{lvii} Nach Angaben des Generaldirektors für Frauen wurden in den Jahren 2001 bis 2004 insgesamt 147.784 Fälle häuslicher Gewalt erfasst^{lviii}.

Frauenrechtsorganisationen fordern seit Jahren die Gründung von Frauenhäusern. Nun wurde im Juli 2005 endlich ein Gesetz verabschiedet, wonach Kommunen mit mehr als 50.000 EinwohnerInnen Frauenhäuser errichten müssen. Seitdem haben einige Kommunen die Eröffnung von Frauenhäusern vorbereitet. Die türkische Frauenbewegung, die eigentlich autonome Frauenhäuser bevorzugt, hat nun begonnen, sich auf die neue Situation einzustellen und leitete erste Schritte ein, um das Gesetz in Anspruch zu nehmen.

Die grausamste Form von Gewalt gegen Frauen stellen Ehrenmorde dar. Nach Berichten von Frauenrechtsgruppen verlieren jährlich mehrere Dutzend Frauen auf diese Weise ihr Leben. Bei einer Umfrage der Dicle Universität in Diyarbakir unter 430 Personen im Südosten des Landes (darunter 78% Männer) gaben 37,4 % der Befragten an, dass sie Ehrenmorde als legitim erachten, wenn die Ehefrau untreu war. 21,6% der Befragten gaben an, dass sie bei Untreue der Ehefrau das Abschneiden eines Ohres oder der Nase für gerechtfertigt halten^{lix}. Diese erschreckenden Zahlen verdeutlichen, dass das Thema Ehrenmorde noch lange die türkische Gesellschaft prägen wird.

Das türkische Parlament hatte eine Untersuchungskommission damit beauftragt, das Phänomen Ehrenmord in der Türkei zu erforschen und Vorschläge zur Beseitigung dieses Problems zu unterbreiten. Ende März 2006 schloss die Kommission ihre Untersuchung mit einem Bericht ab. Die Kommission veröffentlichte einen Aktionsplan gegen Ehrenmorde und forderte zuallererst Reformen in der Verfassung. Sie forderten darin unter anderem die Ausarbeitung eines Fünf-Jahres-Aktionsplans in Kooperation mit Frauenrechtsorganisationen, positive Diskriminierung bis eine breitenwirksame Gleichstellung, erreicht ist die Einrichtung einer Parlamentskommission mit dem Namen „Männer-Frauen-Gleichheitskommission“, Zwang zu Rehabilitationsmaßnahmen bei Inzest, Vereinfachung des Gesetzes für Opfer, kostenlose Notruftelefone.^{lix}

An der Arbeit und dem Bericht der Untersuchungskommission regte sich jedoch heftige Kritik – von Frauenrechtsorganisationen ebenso wie von Abgeordneten der Oppositionspartei CHP. Sie werfen der Kommission vor, das Problem ideologisch gefärbt zu behandeln und den Begriff „Ehre“ nur sehr eingeschränkt zu verwenden. Hierdurch würden zahlreiche Fälle von Ehrenmorden nicht erfasst^{lx}. Schließlich initiierten einige Frauenrechtsorganisationen eine Briefkampagne und beschwerten sich darin, dass in Art. 10 der Verfassung eine positive Diskriminierung von Frauen nicht aufgenommen wurde. Hiergegen leitete die Staatsministerin für Frauenfragen ein Strafverfahren ein, was zu einer drastischen Verschlechterung der Beziehung zwischen der Staatsministerin und den Frauenrechtsorganisationen führte.

Die Strafrechtsform vom vergangenen Jahr, die Ehrenmorde unter Strafe stellt, scheint nicht nur positive Auswirkungen zu haben. So alarmierten Frauenrechtsorganisationen aus den kurdischen Gebieten die Öffentlichkeit und berichteten einen Anstieg an Selbstmorden unter jungen Frauen nach Einführung des Strafgesetzes.

Der Fall Sürücü

Aufsehen erregte das Urteil des Berliner Landgerichts im Fall des Ehrenmordes gegen Hatun Sürücü. Die Tatsache, dass bis auf einen alle Brüder von Frau Sürücü straffrei blieben, wurde in der Frauenbewegung der Türkei mit Kopfschütteln aufgenommen. Schließlich sei es erwiesen, dass Ehrenmorde einen Beschluss des Familienrates voraussetzen und dass immer mehrere Familienangehörige in einen Ehrenmord verwickelt seien. Natürlich sei eine Beweisführung vor dem Hintergrund, dass die Täter meist das jüngste, nicht volljährige Familienmitglied als Täter angeben, schwierig. Aber es sei nachgewiesen, dass eine solche Tat nicht auf dem Beschluss einer einzigen Person basiere. Die Frauenbewegung in der Türkei hat in den vergangenen Jahren dafür gekämpft, dass dieser Umstand auch im Strafrecht berücksichtigt wird. Sie empfindet das Urteil daher als einen Schlag ins Gesicht der Frauenrechtsorganisationen, die sich gegen Gewalt gegen Frauen in der Türkei engagieren.

Frauerwerbstätigkeit

In Bezug auf Partizipation von Frauen im Berufsleben zeichnen sich neue, wichtige Entwicklungen in der Frauenbewegung der Türkei ab. Im Februar 2005 hielt der Gewerkschaftsdachverband TISK einen Kongress über die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ab und veröffentlichte einen entsprechenden Bericht. Im Juni 2005 erschien eine Studie der OECD, in der auch Statistiken über weibliche Beschäftigung aufgeführt wurden.

Die EU hat sich bis zum Jahr 2010 das Ziel gesteckt, den Anteil der weiblichen Beschäftigung auf 60% zu heben. Hiervon ist die Türkei jedoch noch weit entfernt^{lxii}. So betrug die Frauerwerbstätigkeit im Jahr 2004 gerade einmal 25,4% (im Vergleich zu 72,3% der Männer), 39% im ländlichen Sektor und lediglich 18,5% im städtischen Sektor.^{lxiii} Der relativ hohe Anteil weiblicher Beschäftigung im ländlichen Sektor wiederum ist auf unentgeltliche Arbeit der Frauen in Familienbetrieben zurückzuführen.

Ein Kongress und Bericht des Gewerkschaftsdachverbandes zur Frauerwerbstätigkeit in der Türkei lösten eine Protestwelle unter den Frauenrechtsorganisationen aus. Kritisiert wurde, dass den Frauen individuell die Schuld an ihrer Situation zugeschrieben werde. Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung von weiblicher Beschäftigung hingegen seien nicht vorgesehen. Diese Kritik kann nach Lektüre des Berichtes jedoch nicht überzeugen. Er enthält eine lange Liste an Forderungen, die sich an öffentliche Einrichtungen, kommunale Behörden und Gewerkschaften richtet. Kritisiert wurde außerdem, die Frauenbewegung sei nicht in den Kongress eingebunden gewesen. Eine Unterschriftenkampagne gegen die Abschlusserklärung, des Kongresses wurde von 38 Frauenorganisationen und rund 50 Feministinnen unterzeichnet.^{lxiv}

Insgesamt haben die Ereignisse dazu geführt, dass sich die Frauenorganisationen nun stärker im Bereich Beschäftigungspolitik engagieren. Im März 2006 wurde eine Initiative für „Frauen und Beschäftigung“ aus der Taufe gehoben, die für Herbst 2006 einen internationalen Kongress zu dem Thema plant^{lxv}. Darüber hinaus wurde eine Ingenieurinnen-Plattform gegründet, die eine Unter-

schriftenkampagne gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung am Arbeitsplatz lancierte. Insgesamt unterzeichneten immerhin 1043 Individuen und 49 Einrichtungen den Aufruf.

Homosexualität

Laut einer Studie der Bilgi-Universität ist ein Zehntel der Befragten der Meinung, dass Homosexualität nicht mit dem Türkentum einhergehen könne^{lxvi}. Dies zeigt deutlich, dass die Angst vor Homosexualität in der türkischen Gesellschaft tief verankert ist. Insgesamt gibt es nahezu keine öffentliche Debatte zu Homosexualität. Zwar gibt es Vereine von homosexuellen Frauen und Männern, die Publikationen herausgeben. Aber insgesamt fristen diese ein Nischendasein und werden von der breiten Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

Für kurzfristige Aufregung sorgte die Tatsache, dass der stellvertretende Gouverneur von Ankara, Selahattin Erkemoglu am 15. September 2005 ein Schreiben an Kaos GL, eine Homosexuellen-Organisation, richtete und darin über die Eröffnung eines Verfahrens wegen Verstoßes gegen die öffentliche Moral und Sitten informierte. Der Verein Kaos GL existiert seit über 11 Jahren und gibt seit 1999 eine regelmäßig erscheinende Publikation heraus. Hintergrund des Vorfalles war, dass die Organisation im Juli 2005 ihre Registrierung nach dem neuen Vereinsgesetz beantragt hatte und damit die Aufmerksamkeit des stellvertretenden Gouverneurs auf sich zog. Anstelle des Registrierungsverfahrens leitete dieser ein Verbotsverfahren gegen die Organisation ein^{lxvii}. Im Frühjahr 2006 wurde das Verfahren mit der Begründung eingestellt, dass Homosexualität nicht unmoralisch sei^{lxviii}. Ein kleiner Etappensieg.

Die Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung profitierte im vergangenen Jahr von der Reform des Vereinsgesetzes und erhielt im August 2005 den Status der Türkeivertretung der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Damit ist das langwierige und schwierige Kapitel beendet, das die Heinrich-Böll-Stiftung und andere deutsche politische Stiftungen im Jahr 2002 bis vor das Staatssicherheitsgericht brachte.

In ihrer Arbeit setzt sich die Heinrich-Böll-Stiftung für eine Versachlichung der innenpolitischen Diskussion, für eine Auseinandersetzung mit historisch schwierigen Phasen und eine zivile Beilegung von bestehenden Konflikten ein. Gleichzeitig fördert sie den Dialog und Austausch unter den Konfliktparteien. Im Bereich der Armenierfrage hat die Heinrich-Böll-Stiftung eine Ausstellung mit unterstützt, die sich anhand von Postkarten weit verbreitete Stereotypen über die armenische Bevölkerung in der Türkei bzw. im Osmanischen Reich auseinandersetzt, die Bedeutung der armenischen Bevölkerung für die Entwicklung des Landes verdeutlicht und das Zusammenleben im Osmanischen Reich dokumentiert. In einem von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen Sammelband mit dem Titel „Wenn man über die Armenierfrage spricht...“ in deutscher und türkischer Sprache werden jüngste Forschungsergebnisse über Stereotypen, Einstellungen und Vorurteilen auf beiden Seiten thematisiert und Möglichkeiten für eine Überwindung des Konfliktes aufgezeigt. Hierbei werden auch Forschungsprojekte vorgestellt, die neue Wege zur Bearbeitung des Themas beschreiten. Schließlich hat das Türkeibüro in Kooperation mit dem Büro in Tblisi im Herbst 2004 ein längerfristige Projektreihe unter dem Obertitel „Kultur und Konfliktbearbeitung“ initiiert. Im Rahmen dieses Projektes fand im Oktober

2005 ein erstes Treffen in Kars/Türkei statt, auf dem der inhaltliche Rahmen für mögliche Projekte und Kooperationen im südkaukasischen Kontext abgesteckt wurde. Als zweiter Teil dieses Projektes fanden mehrere Workshops in Tblisi und Eriwan statt. Aus dieser Initiative sind inzwischen mehrere Projekte entstanden. Unter anderem unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung ein Fotodokumentationsprojekt von jungen armenischen und türkischen Fotografen. Die daraus entstandene Ausstellung und Publikation werden im Herbst 2006 in Armenien und in der Türkei der Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Bereich Nationalismus legt die Heinrich-Böll-Stiftung ihren Schwerpunkt auf Ansätze der Vergangenheitsbearbeitung. Hierzu wurde eine Publikation unterstützt, die im Juni 2006 auf der Website des Büros veröffentlicht wurde. Thema der Publikation sind internationale Erfahrungen mit Vergangenheitsbewältigung. Diese Publikation dient zur inhaltlichen Vorbereitung auf eine für Dezember 2006 geplante Konferenz zum gleichen Thema und ist als Vorstufe der Aufarbeitung unterschiedlicher historischer Phasen in der Türkei gedacht. In einem weiteren Projekt unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung eine Initiative, die sich mit den Ereignissen um den Fall Semdinli befasst. Ferner unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung die Herausgabe eines kurdisch-sprachigen Buches, das sich mit Sprachenrechten in Europa befasst. Außerdem wird ein Autor bei seinen Recherchen über die Geschichte der kurdischen Migration gefördert. Schließlich befasst sich zwei unterschiedliche, von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte Projekte mit Möglichkeiten zur Entwicklung der kurdischen Gebiete vor dem Hintergrund der Binnenmigration und Internally Displaced Persons. Zur Förderung des Austauschs hat die Heinrich-Böll-Stiftung auch ein internationales Gedichtsfestival in Istanbul unterstützt, das auch dazu genutzt wurde, Möglichkeiten und Ansätze zur Stärkung von Literaten zu diskutieren. Schließlich hat die Heinrich-Böll-Stiftung ein Projekt mit Unterstützung, das den Dialog zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in der Türkei dauerhaft fördern soll.

Im Bereich der politischen Freiheiten und Meinungsfreiheit unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung unterschiedliche Projekte der Menschenrechtsorganisationen in der Türkei; unter anderem eine Ausstellung zu Verschwundenen, ein Programm zum Training von MenschenrechtsaktivistInnen sowie eine Konferenz zum Thema ziviler Wehrersatzdienst. Zu den in diesem Bereich geförderten Aktivitäten gehört auch ein Projekt, das sich mit der Arbeit von Gefängniskomitees beschäftigt und versucht, die legal vorgesehenen Einrichtungen zur Arbeit mit Inhaftierten zu nutzen. Außerdem veranstaltet die Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut in Ankara und der Menschenrechtsprofessorin Frau Ioanna Kucuradi eine Vorlesungsreihe mit dem Titel „Meinungsfreiheit – was ist das?“ An der Veranstaltungsreihe nahmen unter anderem die Vizepräsidenten des türkischen und des deutschen Bundesverfassungsgerichts sowie PhilosophieprofessorInnen aus beiden Ländern teil. Die Veranstaltungsreihe wird im Herbst 2006 fortgesetzt. Darüber hinaus hat die Heinrich-Böll-Stiftung einen Beitrag dazu geleistet, dass Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen aus der Türkei an internationalen Treffen und Begegnungen wie dem Welt- bzw. Europäischen Sozialforum oder dem Weltfriedensmarsch der Frauen teilnehmen konnten.

Auf dem Gebiet Gendermainstreaming hat die Heinrich-Böll-Stiftung ihren Schwerpunkt Gewalt gegen Frauen um die Bereiche Frauenerwerbstätigkeit und Gendermainstreaming ergänzt. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte im Berichtszeitraum zwei Kongresse der Frauenorganisationen, die sich im Bereich Gewalt gegen Frauen engagieren. Sie förderte eine Kampagne von vier Frauenrechtsorganisationen in Istanbul, die über die neue Rechtslage und Möglichkeiten für Frauen sowohl in Organisationen als auch in Behörden informiert. Sie unterstützte auch den Aufbau einer Plattform von Frauengruppen in der Ägäis, die mit griechischen Frauenrechtsgruppen zusammenarbeiten wollen. Eine Studie über die Möglichkeiten und Ansätze zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit wird zurzeit mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung im Raum Cannakale durchgeführt. Das Projekt soll auch dazu dienen, weitere Ansätze zur Verbesserung der Beschäftigungslage von Frauen zu entwickeln. Im Frühjahr 2006 erarbeitete die Heinrich-Böll-Stiftung ein Konzept für eine Konferenz und Workshops zum Thema „Gendermainstreaming – Stand der internationalen Debatte und die Türkei“. Die Umsetzung erfolgt im Herbst 2006. Ebenso ist für Herbst 2006 ein Training für Frauen vorgesehen, die zukünftig an den CEDAW-Shadow-Berichten arbeiten werden.

6. Umweltpolitik

Im umweltpolitischen Bereich beherrschten im vergangenen Jahr insbesondere drei Themen die Agenda: die von der türkischen Regierung mit starkem Nachdruck betriebene energiepolitische Wende hin zu Nuklearenergie, die Ereignisse um den Fund von in der Erde vergrabenen Giftfässern und die Verabschiedung des Umweltgesetzes im April 2006.

Am 20. März 2006 wurden in der Nähe der Stadt Tuzla fünfzig Fässer mit Giftabfällen aufgefunden, die in der Erde vergraben worden waren. Kurz darauf wurde auch aus anderen Orten der Fund von kontaminierten Giftfässern gemeldet. Insbesondere in Tuzla und Dilovala war nicht nur Grund und Boden kontaminiert, es bestand auch eine hohe Gefahr der Grundwasserverseuchung. Dieser Fund löste in den türkischen Medien eine heftige Debatte über die Entsorgung von giftigen Abfällen, die Kontrolle von Unternehmen und über fehlende Entsorgungseinrichtungen in der Türkei aus. Hierbei wurde kritisiert, dass die Preise für die Entsorgung viel zu hoch seien, und dass in der gesamten Türkei nur eine einzige Entsorgungsanlage (IZAYDAS) existiere. Insbesondere kleine Firmen bliebe daher wenig anderes übrig, als ihren Müll in angrenzenden Feldern zu beseitigen. Gefordert wurde, dass die Regierung ausreichend Anlagen und entsprechende Anreize zur schonenden Entsorgung schaffen und rechtlich gegen Verstöße dieser Art vorgehen solle. Die Regierung habe derzeit nicht einmal Überblick darüber, welche Firmen hoch giftige Abfälle produzierten. Nach Schätzungen von Greenpeace benötigt die Türkei mindestens 15 Müllbeseitigungsanlagen.

Türkei – in Zukunft entscheidender ‚Player‘ auf dem Weltenergiemarkt?

Am 16. Mai 2005 verabschiedete die Türkei ein „Gesetz über erneuerbare Energien“. Nach diesem Gesetz sind Netzbetreiber verpflicht-

tet, auch aus erneuerbarer Energie gewonnene Elektrizität zu transportieren. Damals wurde dieses Gesetz als ein wichtiger, wenn auch nicht ausreichender Schritt zur Stärkung der Produktion von erneuerbaren Energien gefeiert^{lxix}. Dennoch fristet der Sektor der erneuerbaren Energie in der Türkei noch immer ein Schattendasein. Erneuerbare Energien scheinen in geostrategischen Plänen der türkischen Energiepolitik nicht vorzukommen.

Mit einer pompösen Feier, an der mehrere Tausend Gäste teilnahmen, wurde am 13. Juli 2006 im türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan das Eintreffen des ersten Erdöls, das durch die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline geleitet wurde, gefeiert. Das Ereignis wurde wie ein Feiertag von höchstem nationalen Rang begangen: *„die Türkei erfüllt hiermit ihre Rolle als „Brücke“. (...) Eigentlich ist der Begriff Brücke nicht richtig. Denn eine Brücke hat nur die Funktion, darüber zu schreiten. Wir aber werden ein bestimmender Faktor sein ...die Türkei ist auf dem Weg zur internationalen Energiedrehscheibe einen Schritt weiter gekommen“* (Hürriyet, 13.07.2006). Phantasien über den weiteren Ausbau des Hafens Ceyhan zu einem der wichtigsten internationalen Umschlagplätze von Erdöl und Erdgas wurden ange-regt: *„Durch die Pipelines Kirkuk-Yumurtalik, Baku-Tiflis-Ceyhan und Samsun-Ceyhan wird Erdöl aus dem Irak, aus Aserbeidschan, aus Akau in Kasachstan kommen. Andere zentralasiatische Länder werden folgen. Wenn auch noch das Erdgas aus dem Irak und Aserbeidschan nach Ceyhan kommt, dann wird Ceyhan zu einem der führenden Umschlagplätze für Rohöl und Erdgas. In der Ceyhan-Erdöl-Börse, die zur Zeit aufgebaut wird, wird es einen gesonderten „Ceyhan“-Index geben.“* (Radikal, 30.06.2006).

Die geostrategische Bedeutung der Türkei auf dem internationalen Energiemarkt hat auch zu einer Annäherung an Russland geführt. Beide Länder planen den Bau weiterer energiepolitischer Verbindungslinien. Allerdings scheint die Möglichkeit einer türkischen Dominanz im Weltenergiemarkt den USA zunehmend ein Dorn im Auge zu sein^{lxx}.

Außerdem wird in diesem Kontext auch mit Blick auf die türkische Regierung und die Privatisierung der Energieunternehmen deutliche Kritik an fehlendem strategischem Denken und Missmanagement laut. Die Türkei müsse aus dem Beispiel Iran Lehren ziehen und eine ausgewogene Strategie verfolgen, die auf Multilateralität baut und einseitige Abhängigkeiten vermeidet, so der Tenor in Hürriyet (ebd.).

Die Regierung meint es ernst mit der Nuklearenergie

Noch bis Mitte vergangenen Jahres bezweifelte die Umweltbewegung die Ernsthaftigkeit der Regierungspläne zum Bau von drei bis vier Kernkraftwerken. Man war sich sicher, dass die Türkei die Kosten für derartige Anlagen nicht aufbringen könne und keine Investoren finden würde. Doch das Tempo und der Nachdruck, mit dem die Regierung im Herbst 2005 und insbesondere Frühjahr 2006 auf die Realisierung des Vorhabens drängte, widerlegten zunehmend diese Einschätzung. Als Ministerpräsident Erdogan auch noch türkische Unternehmer zusammentrommelte und sie zum Einstieg in die Nuklearenergie drängte, zweifelte kaum noch jemand an der Entschlossenheit der Regierung, die Nuklearpläne auch wirklich umzusetzen. Gegenüber der Öffentlichkeit berief sich Regierung darauf, dass sie innerhalb weniger Jahre den steigenden Energiebedarf nicht mehr

decken könne. Ähnlich wie der Iran, argumentierte auch die türkische Regierung mit dem nationalen Recht auf den Besitz dieser Technologie. Die ukrainisch-russische Energiekrise lieferte zusätzlichen Stoff, bei der Energieversorgung vor einer Abhängigkeit vom Ausland zu warnen. Hinsichtlich der Standortfrage ging die Öffentlichkeit zunächst davon aus, dass die Regierung ihre alten Pläne aus der Schublade hervorholen und erneut auf den Standort Akkuyu setzen würde. Da für diesen Standort die erforderlichen Genehmigungsverfahren aus Zeiten vergangener Nuklearpläne bereits abgeschlossen waren, hätte der Einstieg ohne Zeitverzögerung eingeleitet werden können. Im Lauf der Debatte rückte aber Sinop, eine Stadt an der Küste des schwarzen Meers, in den Fokus der Nuklearpläne. Die Errichtung eines Nuklear-Parks, bestehend aus mehreren Atomkraftwerken, galt nun als neuer Plan der Regierung. Vor diesem Hintergrund gewinnt das neue Umweltgesetz in der Türkei an Bedeutung.

Neues Umweltgesetz sichert Handlungsfreiheit im Energiesektor

Eigentlich hätte die Umweltbewegung in der Türkei in Freudentränen ausbrechen müssen. Denn Ende April 2006 wurde endlich das seit mehr als zehn Jahren im „Schrank verstaubende“ Umweltschutzgesetz verabschiedet. Stattdessen planen die türkischen Umweltorganisationen den Gang zum Verfassungsgericht und organisierten eine Briefaktion an den Staatspräsidenten, in der sie diesen auffordern, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen. Denn das Gesetz beinhaltet insbesondere hinsichtlich der zukünftigen Energiepolitik des Landes etliche Schlupflöcher.

Die Türkei steht auf dem internationalen Index für umweltpolitische Nachhaltigkeit von 114 Ländern an 91. Stelle. Regierungen setzten sich mehrfach über Gerichtsbeschlüsse hinweg, ließen den Bau von Thermik-Zentralen zu und brachen damit geltendes Recht. Das nunmehr verabschiedete Gesetz ermöglicht der Regierung, im Rahmen der Gesetze zu agieren. Denn in den unter Umweltschutzgesichtspunkten sensiblen Bereichen der Energieerzeugung sind nach Einschätzung der Umweltschutzorganisationen keine Vorkehrungen zum Schutz der Umwelt getroffen worden, sondern den Schutz der Interessen Energieproduzenten. So sind nach Artikel 10 des Gesetzes Vorhaben zur Erforschung von Erdöl- oder geothermischen Quellen und Eisenerzvorkommen von einer ansonsten üblichen Umweltverträglichkeitsprüfung ausgenommen. Außerdem wurden extrem lange Übergangsfristen eingeräumt, so dass die Verfolgung von Umweltsünden auch zukünftig erschwert bleibt. Hier nützten auch institutionelle Neuerungen wie die Gründung eines Hohen Umweltrates oder ein offizielles Umweltschutzamt wenig, bleiben ihnen doch die Hände gebunden^{lxxi}.

Die Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Umweltpolitik ist seit jeher ein Schwerpunkt der Arbeit des Türkeibüros der Heinrich-Böll-Stiftung. Wie schon in den vergangenen Jahren, so wurden auch im Berichtszeitraum Vernetzungstreffen der Umweltgruppen im Mittelmeerraum der Türkei (AKCEP) unterstützt. Im vergangenen Jahr wurde die nationale Umweltplattform unter maßgeblicher Initiative von AKCEP gegründet. Inzwischen hat TURCEP seine Anfangsschwierigkeiten beseitigt und ist zu einer aktiven Plattform gewachsen, die ihre Stimme zu relevanten Umweltfragen in der Türkei erhebt: Nuklearenergiepläne, Umweltgesetz etc. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat auch die Teilnahme von einzelnen

Mitgliedern dieser Plattform oder von anderen Umweltgruppen an internationalen Tagungen wie der Konferenz zum 20. Jahrestag von Tschernobyl, veranstaltet vom Büro der Heinrich-Böll-Stiftung Warschau, unterstützt. Neben der Förderung der nationalen und internationalen Vernetzung hat die Heinrich-Böll-Stiftung eine Publikation zum Mythos Atomkraft in türkischer Sprache herausgegeben, die aus Beiträgen der umfangreichen Studie der Heinrich-Böll-Stiftung-Berlin und Beiträgen aus der Türkei besteht. Zur Bekanntmachung der Publikation wurde eine Pressekonferenz und eine internationale Konferenz organisiert, auf der die Autoren der Publikation den Stand der internationalen und türkischen Debatte öffentlich machten. Im Frühjahr 2006 wurde eine internationale Konferenz zu alternativen Ansätzen der Energiepolitik vorbereitet, die im Oktober 2006 in Ankara durchgeführt wird.

Ausblick

Die Türkei blickt sorgenvoll auf das nächste Jahr: Die Entwicklungen im Iran und Irak, jüngste israelische Angriffe auf den Libanon – all dies findet in unmittelbarer Nachbarschaft statt. In dieser angespannten Lage wird es für die Türkei umso schwieriger, einen klaren Kurs in ihrer Außenpolitik zu fahren. Die Zugehörigkeit sowohl zur westlichen als auch zur nahöstlichen Hemisphäre erschwert eher die Entscheidungsfindung. Denn eine Brückenfunktion muss stets zwei Seiten in Betracht ziehen und einen Ausgleich finden zwischen unterschiedlichen Interessen und Positionen. Zudem spielen für die Türkei in diesen Konfliktlagen immer auch innenpolitische und sicherheitspolitische Fragen eine Rolle. Zur angespannten Lage in der unmittelbaren östlichen und südöstlichen Nachbarschaft kommt noch der Zypernkonflikt hinzu, der in den kommenden Monaten erhebliche Kopfschmerzen bereiten wird. Ob es der Türkei, Zypern und der EU gelingen wird, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in der sich die Akteure derzeit zu befinden scheinen, ist nicht absehbar. Für die Türkei steht die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der EU auf dem Spiel. Aber nicht allein die Zypernfrage wird für die weitere Entwicklung der türkisch-europäischen Beziehungen entscheidend sein. Gelingt es der Türkei nicht, eine Rückkehr zum Reformkurs zu finden, stehen die Zeichen allemal schlecht – für die Bevölkerung, die Demokratie und die türkisch-europäischen Beziehungen. Ob die türkische Wirtschaft in diesem Herbst in eine Krise gerät, wie viele prophezeien, ist noch nicht absehbar.

Anhang I: Politische Ereignisse im Überblick:

- 29.07.2005 Türkei unterzeichnet Zusatzprotokoll zum Ankara-Abkommen
- 06.09.2005 Eröffnung der Ausstellung zum 50. Jahrestag der Übergriffe auf griechische Geschäfte in Istanbul (1955) wird von Nationalisten gestürmt
- 09.09.2005 EU und Türkei beschließen dritte überarbeitete Beitrittspartnerschaft
- 09.11.2005 EU beschließt Strategiepapier zur Erweiterung
- 21.09.2005 EU erklärt, dass die Türkei ihren Pflichten gemäß Zusatzprotokoll zum Ankara-Abkommen nachkommen muss.
- 24.09.2005 Armenierkonferenz an der Bilgi Universität
- 03.10.2005 Offizieller Beginn der Beitrittsverhandlungen Türkei – EU
- 09.11.2005 Beschluss des Europäischen Rates über die Prinzipien und Prioritäten der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei, COM (2005) 559; (SEC (2005) 1426)
- 09.11.2005 Semdinli-Vorfälle, d.h. Verwicklungen von Sicherheitskräften in ein Bombenattentat werden aufgedeckt.
- 10.11.2005 EMRG spricht Urteil im Fall Leyla Sahin.
- 25.12.2005 Strafverfahren gegen die Journalisten, die über die Verschiebung der Armenierkonferenz berichteten, wird eingeleitet.
- 23.01.2006 Das Screening der EU im Bereich Agrarpolitik wird abgeschlossen.
- 02.02.2006 Die Grundschullehrerin Aytac Kilinc darf nicht zur Direktorin ernannt werden, weil sie auf dem Dienstweg Kopftuch trägt.
- 04.02.2006 Türkei veröffentlicht Strategiepapier für ländliche Entwicklung.
- 05.02.2006 Ermordung des Priesters Andrea Sentore in Trabzon.
- 09.02.2006 Bombenattentat auf ein Internet-Café in Istanbul.
- 15.02.2006 Das Verfahren gegen Baskin Oran und Ibrahim Kaboglu wegen Veröffentlichung des sog. "Minderheitenberichtes" der nationalen Menschenrechtskommission wird aufgenommen.
- 15.02.2006 Anschlag auf eine Armenische Kirche.
- 16.02.2006 Hoher Hamas-Vertreter besucht Ankara.
- 24.02.2006 Die Anti-Nuklear-Plattform trifft sich in Ankara, um eine Strategie gegen die AKW-Pläne zu diskutieren.
- 20.03.2006 In der Umgebung von Tuzla wurden 50 in der Erde vergrabene Giftfässer gefunden.
- 27./31.3.2006 Unruhen in Diyarbakir führen zu Toten und zahlreichen Inhaftierungen.
- 01.04.2006 Die Anti-Nuklear-Plattform trifft sich zum zweiten Mal in Ankara.
- 18.04.2006 Das Landwirtschaftsgesetz wird verabschiedet

26.04.2006 Umweltgesetz Nr. 5491 wird vom türkischen Parlament verabschiedet. Das Gesetz wird vom Staatspräsidenten in ungeänderter Fassung unterzeichnet und tritt am 12.05.2006 in Kraft.

26.04.2006 US-Außenministerin Rice besucht Ankara.

05.05.2006 Anschlag auf die Zeitung Cumhuriyet

10.05.2006 2. Anschlag auf die Zeitung Cumhuriyet

11.05.2006 Der Prozess gegen Ibrahim Kaboglu und Baskin Oran endet mit einem Freispruch.

17.05.2006 Ermordung des Oberverwaltungsrichters Mustafa Yücel Özbilgin

19.05.2006 Französisches Parlament diskutiert Gesetzesentwurf zur Armenierfrage

28.05.2006 Das erste durch die Baku-Ceyhan-Pipeline transportierte Öl erreicht den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan.

13.06.2006 Europäische Union öffnet nach zähem Tauziehen die Verhandlungen mit der Türkei.

18.07.2006 Ministerpräsident Erdogan ruft einen Krisengipfel zu den Entwicklungen in der Kurdenfrage aus.

ⁱ „*derin devlet*“ (deutsch *tiefer Staat*) bezeichnet Verstrickungen von Geheimdiensten, Armee, Mafia, nationalistischen und religiösen Organisationen.

ⁱⁱ endgültige Ablehnung der Stationierung von 62 000 US-Soldaten auf türkischem Boden

ⁱⁱⁱ EU COM (2005) 561, endgültig, Mitteilungen der Kommission, Strategiepapier 2005 zur Erweiterung, 09.11.2005, 34f.

^{iv} Vgl. hierzu Protokoll der 55. Sitzung des gemischten türkisch-europäischen parlamentarischen Komitees vom 23./24.11.2005, PV/612143EN.doc, PE 366.193; sowie Interview mit U. Plassnik, Kanal D, 08.03.2006.

^v EU COM (2005) 561, endgültig, Mitteilungen der Kommission, Strategiepapier 2005 zur Erweiterung, 09.11.2005, 6.

^{vi} Zit. In: Financial Times, 13.6.2006; vgl. auch FAZ, 13.6.2006.

^{vii} Regierung des Osmanischen Reiches

^{viii} Vgl. hierzu auch: Ülgen, Sinan (2006): Turkey – EU: What to expect from 2006, in: edam, Centre for Economics and Foreign Policy Studies, April 2006, o.S.

^{ix} EU COM (SEC (2005)1426, KOM (2005) 561 final, vom 9. November 2005.

^x Amtsblatt der Europäischen Union, Beschluss des Rates vom 23. Januar 2006 über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei, 2006/35/EG, L22/34-L22/50, insb. L22/34-L22/45.

^{xi} EU COM (2005) 561, endgültig, Mitteilungen der Kommission, Strategiepapier 2005 zur Erweiterung, Brüssel 09.11.2005, 3.

^{xii} Council of the European Union (2005): Presidency Statement with the Consent of the Council, Accession Negotiations with Turkey, 12823/05, Limite, Elarg 64, 3.10.2005, 11.

^{xiii} Cagaptay, Soner: Preventing Turkey's Popular Slide Away From the West, in: Policy Watch 1093, 12.4.2006.

^{xiv} Vgl. Radikal Gazetesi, 08.01.2006. Demnach war kurzfristig in den Monaten Mai-Juni ein etwas höherer Anteil an Befürwortenden (35%) zu verzeichnen. Im Oktober-November 2005 sank dieser Anteil mit 31% wieder auf das Niveau vom Februar-März 2004. Zu einem anderen Ergebnis kommt die Transatlantik Trends 2005-Studie. Dieser Studie zufolge stieg der Anteil der Beitrittsgegner um 9% auf 29%, 42% waren unentschieden und folglich 29% dafür (vgl. www.transatlantictrends.org.)

^{xv} Özkirimli, Umut: (ebd., 2).

^{xvi} ARI Hareketi (2006): Untersuchung über die Einstellung der türkischen Öffentlichkeit gegenüber den Werten Europas (Türk Kamuoyunun Avrupa Degerlerine Bakisi Arastirmasi), 19.01.2006, 3. Zu einem etwas niedrigeren Prozentsatz von 63,1% kommt die Nationalismus-Studie von Özkirimli (ebd., 2006, 2).

^{xvii} Die von der Bilgi Universität im Februar 2006 durchgeführte Umfrage über Nationalismus in der Türkei nennt 63,1% EU-Befürworter, in: Özkirimli, Umut (2006): Nationalismus in der Türkei (Türkiye'de Milliyetçilik), – allgemeine Bewertung der Umfrage, Istanbul Universität, Fakultät für internationale Beziehungen, April 2006, 2.

^{xviii} Zit. In Milliyet, 15.6.2006. Insofern ist es unlauter und eher populistisch, dass deutsche Medien wie z.B. Die Welt, vom 15.6.2006 oder Berliner Morgenpost, 15. Juni 2006 sich ausschließlich auf die Zahlen konzentrieren, vergleichende Studien erst gar nicht erwähnen und die Einschränkungen der Autoren außer Acht lassen.

^{xix} Özkirimli, Umut: (ebd., 3). Ein markantes Ergebnis der Studie ist auch, dass befragt danach, wer im Ausland am meisten dem Türkentum schade, mit 32,4% diejenigen genannt werden, die vom rechten Weg abkommen; gefolgt mit 17,5% von den Sheriat-Anhängern und mit 10% von den Kommunisten (S.4).

^{xx} Vgl. Referans Gazetesi, 06.04.2006. 53% derjenigen, die sich als „Patrioten“ verstehen (vatansaver) und 55% derjenigen, die sich als Nationalisten verstehen, sind der Ansicht, dass die EU die Türkei spalten möchte. Dementsprechend sind auch 52% der Befragten der Ansicht, dass der Verkauf von Land an Ausländer das beunruhigendste Thema darstellt (ebd.). Nach der im Februar 2006 durchgeführten Studie der Bilgi Universität sind 50,3% der Ansicht, dass die EU die Türkei spalten möchte.

Diese Ansicht wird bis auf die Kurden unterschiedslos von den Anhängern aller politischen Parteien vertreten (!) (Özkirimli, ebd., 3).

^{xxi} Zit. In Radikal Gazetesi, 10.3.2006.

^{xxii} PEW Research Center (2006): 15 Nation Global Attitudes Survey, Washington, Juni 2006, 6.

^{xxiii} Vgl. Lesser, Ian O. (2005): Off Autopilot: The Future of Turkish-US-Relations, in: Turkish Policy Quarterly, Vol. 4, No. 4, Winter 2005, 3 sowie Kandemir, Nüzhet (2005): Turkish-American Relations – Past and Future, in: Turkish Policy Quarterly, Vol. 4, No. 1, o.S..

^{xxiv} Diese Position wird indirekt auch von Mehmet Dülger, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im türkischen Parlament unterstützt: „Today's politician is in the peculiar position of having to „make foreign policy based on the crowds' opinion of the moment“ (ders. (2005) in: Taking a Closer Look at Turkish-American Relations, in: Turkish Policy Quarterly, Vol. 4, No. 1, 1-22, 4; s. ebd., 16f. vgl. Auch Aliriza, Bulent/Ciftci, Seda (2006): The US-Turkish Alliance at the Iranian Junction?, in: Turkey Update, 13.04.2006, Center for Strategic and International Studies, Washington, 2f.

- ^{xxv} Vgl. z.B. Dülger, Mehmet, ebd., 7.
- ^{xxvi} TAZ, 26.4.2006.
- ^{xxvii} Herald Tribune, 26.4.2006 sowie The New York Times, 26.4.2006.
- ^{xxviii} Weinberg Founders Conference (25.9.2005): The Future of the AKP Government and U.S.-Turkish Relations, 1.
- ^{xxix} PEW (ebd., 2 sowie 12). Damit liegt die Türkei an letzter Stelle der untersuchten Länder. Gerade einmal 3% der Befragten in der Türkei sind positiv gegenüber dem US-Präsidenten Bush eingestellt, wobei diese Zahlen auch hinsichtlich der Regierungschefs anderer Länder sehr niedrig ausfallen (Chirac 5%, Blair 7%, Putin 9% und Merkel 11%) (ebd. 11f.).
- ^{xxx} Özkirimli, Umut: (ebd., 6).
- ^{xxxi} PEW: (ebd., 3).
- ^{xxxii} PEW: (ebd., 6); Mehmet Dülger begründet diese Haltung damit, dass in den USA „Terror“ mit „islamisch“ und „Islam“ mit „Terror“ gleichgesetzt werde (ebd., 6).
- ^{xxxiii} S. Lesser, Ian O. (2005): Off Autopilot: The Future of Turkish-US Relations, in: Turkish Policy Quarterly, Vol. 4, No. 4, Winter 2005, 1-7: “In reality, closer Turkey-EU relations will almost certainly pose a greater challenge of adjustment for Washington. Turkish policy is already within the European mainstream, and far closer to European than American approaches on a range of key issues, not least Iran, Iraq and the Middle East process” (ebd., 2)..
- ^{xxxiv} Vgl. Rubin, Michael (2005): Green Money, Islamist Politics in Turkey, in: Middle East Quarterly, Winter 2005.
- ^{xxxv} Eine kritische Stellungnahme aus offizieller türkischer Perspektive findet sich in: Cagaptay, Soner: Hamas Visists Ankara: The AKP Shifts Turkey’s Role in the Middle East, in Policy Watch 1081, 16.2.2006, 1f.
- ^{xxxvi} s. Radikal Gazetesi, 04.05.2006.
- ^{xxxvii} s. Referans Gazetesi, 10.04.2006.
- ^{xxxviii} vgl. den sehr interessanten Beitrag von Aliriza, Bülent/Ciftci, Seda, 2006, ebd. 5.
- ^{xxxix} vgl. Lewis, Eric Jonathan (2006): Replace Turkey as a Strategic Parnter?, in: Middle East Quarterly, Spring 2006.
- ^{xl} Özkirimli, Umut: (ebd., 5).
- ^{xli} Özkirimli, Umut: (ebd., 5).
- ^{xlii} Özkirimli, Umut: (ebd., 3).
- ^{xliii} Özkirimli, Umut: (ebd., 4).
- ^{xliv} Özkirimli, Umut: (ebd., 5).
- ^{xlv} Özkirimli, Umut: (ebd., 5).
- ^{xlvi} Mahoney, Robert: Nationalism and the Press: As Turkish Nationalists resist European tilt, free expression is a victim, in Committee to Protect Journalists, Special Report, 16.3.2006.
- ^{xlvii} Menschenrechtsstiftung Türkei (2006): Impressions from Diyarbakir, 26.4.2006, 2. Schon in den 1990er Jahren war ers im Zuge von Berdigungen von PKK-Anhängern oder von Folteropfern zu Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften gekommen.
- ^{xlviii} Vgl. Oran, Baskin: (2006): Menschenrechtsbilanz der Türkei, 66ff. (türkisch).
- ^{xliv} EU COM (2005) 561, endgültig, Mitteilungen der Kommission, Strategiepapier 2005 zur Erweiterung, 09.11.2005, 33f.; vgl. auch Entwurf für einen Bericht des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlamentes vom 6.6.2006, 2006/2118 (INI), 5ff.
- ⁱ Turkey 2005 Progress Report, European Commission, 9. November 2005, 26.
- ⁱⁱ Zit. In: Mahoney, Robert: Nationalism and the Press: As Turkish Nationalists resist European tilt, free expression is a victim, in Committee to Protect Journalists, Special Report, 16.3.2006, 4.
- ⁱⁱⁱ Özkirimli, Umut: (ebd., 7).
- ^{liii} Rubin, Michael (2005): Green Money, Islamist Politics in Turkey, in: Middle East Quarterly, Winter 2005, 1.
- ^{liv} Oran, Baskin (2006): Menschenrechtsbilanz der Türkei 2005, März 2006 (türkisch), 66.
- ^{lv} Das Parlament beriet auf Initiative konservativer Mitglieder der AKP ein Gesetz “zum Schutz der Familie”, das den Ehebruch unter Strafe stellen sollte.
- ^{lvi} Korangerechte Investitionen
- ^{lvii} Beattie, Meriel in: The Scotsman, 22.11.2005.
- ^{lviii} Bureau of Democracy, Human Rights and Labor (2006): Country Reports on Human Rights Practices 2005, 18.
- ^{lix} ebd.
- ^{lx} Radikal Gazetesi, 01.02.2006.
- ^{lxi} Bia-haber, 31.03.2006 sowie Nachrichten des Fliegenden Besens, 30.12.2005 (www.ucansupurge.org).
- ^{lxii} Radikal Gazetesi, 17.02.2006.
- ^{lxiii} TISK (2005): Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt in der Türkei, 2005, 4 (Türkisch).
- ^{lxiv} ebd., 15ff.
- ^{lxv} ebd.; bia-Nachrichten, 04.05.2006.
- ^{lxvi} Özkirimli, Umut: (ebd., 4).
- ^{lxvii} Human Rights Watch, 27.09.2005.
- ^{lxviii} Oran, Baskin: (2006): Menschenrechtsbilanz der Türkei, 79 (Türkisch).
- ^{lxix} Pressemitteilung der WWEA, 16.05.2005.
- ^{lxx} Vgl. Kulebi, Ali (2006): Eurasian energy lines and Turkey, in: The New Anatolian, 15. und 16.03.2006
- ^{lxxi} Vgl. Milliyet Gazetesi, 27.4.2006, Haber Türk, 04.05.2006, Brief an den Staatspräsidenten, TÜRCEP.